

Berufliche Perspektiven

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**November
2010**

Berufliche Perspektiven

- 3 »Wenn ich mich hier anstrengte, dann ist mir der Ausbildungsplatz sicher ...«**
1,5 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss – Warum bietet der Ausbildungsmarkt so wenige Perspektiven?
Interview mit Klaus Heilmann, IG-Metall-Vorstand
- 5 SCHLAU in Nürnberg**
von Dr. Hans-Dieter Metzger
- 7 Die Neuordnung der Büroberufe:
Wohin geht die Entwicklung? Qualifiziert oder Schmalspur?**
von Reinhard Bell
- 9 FOSIBOS: Feigenblatt oder echte Chance – oder gar beides?**
von Walter Feineis
- 11 EQR und DQR: Risiken einschätzen – aber richtig**
von Dr. Harry Ness
- 13 Berufsbildende Schulen unter Privatisierungsdruck**
von Dr. Stephanie Odenwald

Was es sonst noch gibt

- 14 Neues Dienstrecht in Bayern – Teil 2**
von Wolfgang Fischer
- 16 Neues vom gläsernen Schüler**
Änderung des BayEUG zum 1. Juni 2010
von Michael Schätzl
- 17 Erlesenes**
- Schulnoten lügen
- Unsere vergessenen Nachbarn
- Auf die alltägliche Gewalt richtig reagieren
- Wieder am Bauzaun
- »Bist du schwul, oder was?«

Rubriken

- 20 Dies und Das**
- 22 Veranstaltungen**
- 23 Glückwünsche und Dank**
- 24 Kontakte**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
seit einiger Zeit hat die GEW auf ihrer Online-Anschlagtafel eine gut recherchierte und monatlich aktualisierte Rubrik »TV- und Radio-Tipps«. Dort wird auf Sendungen und Podcasts rund um Bildungs- und Gewerkschaftsthemen hingewiesen.

Ein Blick lohnt sich:
<http://www.gew.de/TV-Tipps.html>

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Alles paletti? Die neue Shell-Jugendstudie, die im September vorgestellt wurde, könnte auf den ersten Blick diesen Eindruck vermitteln. 59 Prozent der befragten Jugendlichen sehen zuversichtlich in die eigene Zukunft, was eine deutliche Steigerung gegenüber der Studie vor vier Jahren bedeutet. Damals äußerte sich nur die Hälfte der Befragten optimistisch. Nimmt man noch die 35 Prozent, die ihre Perspektiven »gemischt, mal so – mal so« bewerten, verbleiben nur 6 Prozent, die für sich eindeutig eine düstere Zukunft erwarten. Worin dieser Stimmungsaufschwung begründet ist? Darüber kann spekuliert werden. Die AutorInnen vermuten, dass positiv denken »in« ist, aber auch, dass die befragten Jugendlichen einer »pragmatischen Generation« angehören, bei der Fleiß und Ehrgeiz hoch im Kurs stehen. Damit Letzteres den Optimismus befördert, ist vorausgesetzt, dass die Jugendlichen ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten positiv einschätzen. Dafür spricht auch, dass 76 Prozent der Auszubildenden laut Studie glauben, nach der Ausbildung übernommen zu werden. Umso größer dürften Frust und Enttäuschung sein, wenn sich fortsetzt, was in diesem Jahr eine Befragung der DGB-Jugend zu den Übernahmekancen für Auszubildende im letzten Ausbildungsjahr ergab (siehe unten stehende Grafik). Und selbst wenn der Einstieg nach der Ausbildung gelingt, erfolgt er häufig in prekärer Form: mit zeitlich befristeten Verträgen, in Leiharbeit, mit schlechter Entlohnung oder in teils unbezahlten Praktika. Das Statistische Bundesamt weist bei jüngeren Beschäftigten und BerufseinsteigerInnen bereits einen Anteil befristeter Verträge von 50 Prozent aus.

Karin Just

Angaben von 1957 befragten Auszubildenden im letzten Ausbildungsjahr zu ihren Übernahmekancen/-zusagen/-absagen (in Prozent der Befragten)



Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder:
Mo und Do von 13.00 – 16.00 Uhr, Tel.: 0 89-54 37 99 59
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 44 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • E-Mail: info@gew-bayern.de • www.gew-bayern.de
Redaktionsleiterin: Karin Just, Kidlerstr. 41, 81371 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-538 94 87
E-Mail: Karin.Just@gew-bayern.de

Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich, Hannes Henjes, Sabine Herzig, Michael Köhler, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Schorsch Tillmann, Doro Weniger, Wolfram Witte.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: imago/blickwinkel
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Bitte daran denken:
→ Zu morgen Aktionskarte ausfüllen
und
MITBRINGEN!

»Wenn ich mich hier anstrenge, dann ist mir der Ausbildungs- platz sicher ...«

**1,5 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss –
Warum bietet der Ausbildungsmarkt so wenige Perspektiven?**

Laut Berufsbildungsbericht 2010, den das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) jedes Jahr vorlegt, haben zur Zeit 1,5 Millionen der 20- bis 29-Jährigen in Deutschland keinen Berufsabschluss und befinden sich auch nicht in Fortbildung. Die Zahl der Ungelernten steigt. Und die Wirtschaft klagt, dass eine steigende Zahl der Jugendlichen, die sich um einen Ausbildungsplatz bewerben, nicht »ausbildungsreif« seien. Parteiübergreifend ist man sich einig, dass sich der viel gepriesene Wirtschaftsstandort Deutschland solche Zahlen nicht leisten kann und dass an der beruflichen Bildung und dem Übergang Schule – Beruf einiges geändert werden muss. Wie sieht das die IG Metall, die die Interessen von ArbeitnehmerInnen in Branchen vertritt, in denen Ausbildungsberufe mit Perspektive sehr stark vertreten sind? Für die DDS sprach Ute Schmitt mit Klaus Heimann, der im IG-Metall-Vorstand den Bereich Jugend und Bildung leitet.



Klaus Heimann

DDS: Laut Berufsbildungsbericht hat ein gutes Drittel der 1,5 Millionen jungen Menschen, die keinen Berufsabschluss haben, schon einmal eine Ausbildung begonnen, diese aber nicht erfolgreich abgeschlossen, insbesondere Jugendliche mit niedriger schulischer Vorbildung. Die Ausbildungsbetriebe machen mangelnde »Ausbildungsreife« dafür verantwortlich. Wann ist ein junger Mensch deiner Meinung nach »ausbildungsreif«?

Klaus Heimann: Der Begriff »ausbildungsreif« ist keineswegs so klar definiert, wie man meinen könnte. Die Arbeitsämter und Betriebe versuchen mit Tests zu klären, ob ein Bewerber ausbildungsreif ist. Ich finde, schriftliche Test-

Batterien reichen nicht aus und werden dem Jugendlichen nicht gerecht. Schulische Zeugnisse und das persönliche Gespräch sollten hinzukommen.

Merkwürdig ist, dass die Zahl der ausbildungsunreifen Jugendlichen immer dann ansteigt, wenn es zu wenige Ausbildungsplätze gibt.

Du glaubst also nicht an die sinkende Fach- und Sozialkompetenz von Jugendlichen, die heutzutage mit einem Hauptschulabschluss einen Ausbildungsplatz suchen?

Aus »mäßigen oder gar schlechten Schülern gute Azubis machen« – das ist die Herausforderung, vor der die Betriebe in den nächsten Jahren stehen werden.

Es gibt Leute, die sich fragen: Kann das überhaupt klappen? Die Anforderungen in den Berufen sind gestiegen, Betriebe stehen auch künftig hart im Wettbewerb. Sind da die Schwächeren, diejenigen, die anders ticken als gesellschaftliche Normen es so vorgeben, nicht gleich abgehängt?

Die gute Nachricht ist: Das müssen sie nicht sein, wenn wir endlich auf die Stärken unserer dualen Berufsbildung setzen. Denn die kann das – junge Leute, die sich mit der Schule schwer tun, zu qualifizierten Fachkräften heranbilden! Das gilt im Übrigen nicht zuletzt für die jungen Leute mit Migrationshintergrund, denen es heute oft so schwer gemacht wird.

Das hat mit der besonderen Lernform zu tun, die die duale Berufsbildung von einer schulischen Bildung unterscheidet: Berufliche Bildung ist Qualifizierung im Ernstfall, durch Praxis, durch Handeln und nicht allein oder jedenfalls nicht vorwiegend durch Sprache. Das ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig bewusst, aber das ist der Grund dafür, dass dieses Bildungssystem es schon in der Vergangenheit geschafft

hat, einen sehr hohen Prozentsatz der Bevölkerung fachlich zu qualifizieren.

Wir sollten den Betrieben abverlangen, dass sie die Potenziale, die sie zur Verfügung haben, diesen jungen Leuten endlich anbieten, statt immer nur darüber zu maulen, dass sie nicht auf eierlegende Wollmilchsäue zurückgreifen können.

Wo sollte eine sinnvolle Berufsbildungspolitik deiner Meinung nach ansetzen, um junge Menschen »reif« für den Einstieg ins Berufsleben zu machen?

Eine gute Bildungspolitik fängt sehr früh an, im Kindergarten. Wir brauchen Ganztagschulen allerorten, in denen Lernen Spaß macht und möglichst viel gesellschaftliches und betriebliches Leben in die Schulen geholt wird. Eine gute Schule für alle kann es schaffen, Jugendliche auf die Gesellschaft und auf das Berufsleben vorzubereiten. Da bin ich mir sicher. Aber es muss mehr in Sachen gute Schule passieren als bislang, da bin ich mir auch ganz sicher.

Gibt es aktuelle Projekte beim Übergang Schule – Beruf, die deiner Meinung nach in die richtige Richtung führen?

In Nordrhein-Westfalen haben wir einen Tarifvertrag in der Metall- und Elektroindustrie abgeschlossen, der auf die Schüler zielt, bei denen der Übergang in einen Beruf nicht geklappt hat. Sie werden nicht in sinnlose Warteschleifen geschickt, sondern im Betrieb auf eine sich anschließende Berufsausbildung vorbereitet. Defizite werden in einem besonders zugeschnittenen Förderjahr ausgeglichen. Das alles zu vernünftigen vertraglichen Konditionen und Rahmenbedingungen und vor allem mit der Sicherheit, wenn ich mich hier anstrengte, dann ist mir der Ausbildungsplatz sicher.

Jede noch so gute Übergangsbegleitung stößt an ihre systemischen Grenzen, wenn der Ausbildungsmarkt erschöpft ist. Werden aus Sicht der IG Metall vonseiten der Wirtschaft ausreichend vollqualifizierende Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt?

Nein. Selbst im eigenen Wirtschaftsinteresse wird zu wenig getan.

Wie erklärt sich das die IG Metall?

Seit Jahren fahren viele Unternehmen in dem Bestreben, Kosten zu senken, ihr Ausbildungsengagement zurück. Sie setzen darauf, dass ihnen die gebratenen Tauben, also die qualifizierten Fachkräfte, von irgendwoher in den Mund fliegen. Die Trends in den Personalstrategien der Unternehmen sind eindeutig: Die meisten wollen sich nicht mehr an Personal binden und sich folglich auch nicht oder nicht genug um Qualifizierung kümmern.

Vor der Krise haben viele in der Öffentlichkeit uns nicht glauben wollen, als wir gesagt haben: Die Unternehmen verabschieden sich von ihren Stammelegschaften. Sie setzen auf wachsende Randbelegschaften, auf Leiharbeit und andere prekäre Beschäftigungsformen. Die Wirtschaftskrise, aber gerade auch jetzt, wo es wieder besser läuft, hat die Situation nun offenkundig gemacht: Nicht nur, dass die Leiharbeiter

oder die Befristeten ganz schnell aus den Betrieben verschwinden, kaum, dass sich die Krise am Horizont gezeigt hat. Jetzt, nach der Krise, findet zwar Beschäftigungsaufbau statt, aber Dauerarbeitsplätze werden nur noch wenige angeboten. In unseren Branchen geht der Beschäftigungsaufbau fast komplett in die Leiharbeit. Aber es zeigt sich, dass vor allem da, wo seit Jahren viel zu wenig Ausbildungsplätze angeboten wurden, auch keine Leiharbeiter mehr zu finden sind, sodass immer mehr Stellen unbesetzt bleiben. Wir haben in Deutschland eine strukturelle Unterausbildung. Das wird den Unternehmen noch viel Kopfzerbrechen bereiten, viele Aufträge können deshalb nicht angenommen werden und notwendiges Erfahrungswissen wird nicht aufgebaut.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) verweist viele Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden, in Maßnahmen des sogenannten Übergangsystems, etwa Berufsvorbereitende Bildung (BvB) oder teilqualifizierende Bildungsgänge. Wie sind solche Angebote zu bewerten?

Diese Maßnahmenpolitik ist nichts anderes als weiße Salbe: Sie sorgt nicht für den versprochenen Übergang und ein System ist das alles schon lange nicht. Jugendliche, die dort rein müssen, haben nach der Maßnahme weniger Chancen als vorher. Das sagt doch schon alles. Ich bin dafür, diese Form von versuchter Ruhigstellung sofort abzuschaffen.

Von einer Stigmatisierung der Jugendlichen durch »Maßnahmekarrieren«, die die Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz sinken lassen, spricht auch die Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer in einer Stellungnahme zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2010. Was sollte stattdessen geschaffen werden, um Jugendliche, die nicht im ersten Anlauf eine Lehrstelle gefunden haben, angemessen zu fördern?

In Hamburg gibt es dafür einen interessanten Plan: Entweder man macht eine Berufsausbildung oder ein Studium. Das Hamburger Ausbildungsmodell mit der Berufsqualifizierung ist ein Ausbildungsangebot für schulpflichtige Jugendliche, die nach dem Besuch der Stadtteilschule, trotz vorhandener Voraussetzungen für die Ausbildung und mehrfacher Bewerbungsversuche, keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben. Jugendlichen wird über die Berufsqualifizierung der direkte Zugang in eine Ausbildung ermöglicht. Ziel ist es, diesen Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen und Warteschleifen im Übergangssystem abzubauen.

Das Hamburger Ausbildungsmodell ist strukturiert in die Berufsqualifizierung als erstem Jahr der Ausbildung. Die Berufsqualifizierung ist ein Ausbildungsangebot in der Schulform Berufsfachschule, orientiert sich jedoch inhaltlich und zeitlich nach den Ordnungsmitteln des jeweiligen Ausbildungsberufs und wird an den Lernorten berufsbildende Schule und Betrieb durchgeführt. Oberstes Ziel bereits während bzw. nach der Berufsqualifizierung ist der Übergang in eine betriebliche Ausbildung. Gelingt dieser Übergang nicht, findet eine, bei Anrechnung des ersten Ausbildungsjahres, aufbauende trägergestützte Berufsausbildung mit einem Berufsausbildungsvertrag statt. Auch in dieser Ausbildungsphase wird der flexible und zeitnahe Übergang in eine betriebliche Ausbildung angestrebt.

SCHLAU in Nürnberg

Die Chancen auf einen Ausbildungsplatz hängen stark davon ab, welche Ausbildungsvoraussetzungen Jugendliche mitbringen. Fraglos zählt schulische Qualifikation zu den entscheidenden Erfolgskriterien. Jugendliche mit Hauptschulabschluss – und dabei insbesondere junge Menschen mit Migrationshintergrund oder männliche Jugendliche – haben es zunehmend schwerer, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Dies ist bereits bedenklich, wenn man nur an den oft nachgewiesenen Zusammenhang von sozialer Position der Eltern und Schulerfolg der Kinder denkt. An der Schwelle von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Ausbildung stoßen BewerberInnen ohne oder mit niedrigem Schulabschluss aber auf eine weitere strukturelle Benachteiligung, da der Ausbildungsmarkt eine erhebliche Lücke bei den von ihnen nachgefragten Berufen aufweist.¹

Unter dem Strich muss man trotz einer leichten Verbesserung der Chancen für schulisch gut qualifizierte Jugendliche von einer krassen Schieflage sprechen. Statt die Schere zu schließen und allen Jugendlichen eine Ausbildungsperspektive zu sichern, entfernt sich die Gesellschaft trotz der sinkenden Zahlen von SchulabsolventInnen von dem Ziel, Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Dies ist ein gleichermaßen ernüchterndes wie erschütterndes Ergebnis und einer auf Teilhabegerechtigkeit angewiesenen Gesellschaft unwürdig.

Bildungsmanagement konkret

In der Stadt Nürnberg steht das Thema Jugendarbeitslosigkeit seit einigen Jahren ganz oben auf der Tagesordnung. Im Mittelpunkt der Überlegungen und Anstrengungen stehen drei Aspekte: erstens die Errichtung eines umfassenden Bildungsmanagements, zweitens die Verankerungen einer verlässlichen Übergangsbegleitung und drittens die Ausdifferenzierung subsidiärer Angebote zur dualen Ausbildung.

Zu Beginn der Amtsperiode ab 2008 erklärte Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly Bildung zur »Chef-Sache«. Ein Bildungsrat wurde eingerichtet, bestehend aus einem Bildungsbeirat, dem etwa fünfzig benannte ExpertInnen aus allen Bildungsbereichen der Stadt angehören, und der Bildungskonferenz, die einmal jährlich die Öffentlichkeit zur Diskussion über ein ausgewähltes Bildungsthema einlädt.² Neu ist auch ein Bildungsbüro, das das Bildungsmanagement organisiert, einen Bildungsbericht vorbereitet und die Sitzungen des Bildungsrats begleitet. Daneben wurden bereits bestehende Gremien und Netzwerke aktiviert und systematisch miteinander verbunden. Neben einem ExpertInnenkreis auf Arbeitsebene, dem die Arbeitsagentur, die ARGE, die Kammern, die Staatliche Schulverwaltung und das Bildungsbüro angehören, gibt es z. B. auch ein gemeinsames Forum der Freien Träger, der Jugendhilfe und der Schulverwaltung oder



eine Arbeitsgruppe, die sich geschäftsübergreifend zu Bildungsthemen verständigt. Die umfassende Einbeziehung aller relevanten Akteure führt zu Handlungs- und Abstimmungsroutinen, an denen Arbeitsagentur, Kammern, VertreterInnen der Wirtschaft und der Gewerkschaften sowie RepräsentantInnen der Schulen, der Jugendhilfe, der Bildungsträger und der kulturellen Institutionen teilhaben.

Der Gewinn eines solchen Handlungskonzepts liegt auf der Hand: Bildung wird übergreifend verstanden, der Übergang von der Schule in die Erwerbstätigkeit wird in einen Kontext der gelingenden Bildungsbiografie und der Forderung nach Teilhabegerechtigkeit eingebettet. Konkret wird ein wesentlich höheres Maß an Transparenz und Abstimmung, aber auch an Verständnis für die Aufgaben und Probleme anderer Bildungsabschnitte oder -sphären erreicht.

Als im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des BMBF-Projekts »Regionales Übergangsmanagement Nürnberg« die wichtigsten Akteure vor Ort um eine Einschätzung gebeten wurden, fiel das Urteil eindeutig aus: »Die Ansiedlung des Koordinationsteams beim Oberbürgermeister wird ... als unabdingbare Voraussetzung einer neutralen Stelle bewertet und begrüßt. Dass es ... gelungen sei, die Referatsinteressen zu überwinden, wird als qualitativer Fortschritt für eine Abstimmung in der Nürnberger Förderlandschaft angesehen.«³

Angebote des Übergangsmanagements

Für die jungen Menschen wird dieses verbesserte Management aber nur dann spürbar, wenn der individuelle Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung besser gelingt. Auch wenn das Recht auf Ausbildung für alle noch nicht realisiert ist, konnten seit 2006 durch ein systematisches und zielgruppengerechtes Übergangsmanagement die Einmündungen in eine Ausbildung verdoppelt werden. Rund 40 Prozent der HauptschulabsolventInnen nehmen inzwischen direkt nach der Schule ein duales Ausbildungsverhältnis oder eine Schulberufsausbildung auf. Von den rund 500 TeilnehmerInnen des städtischen Angebots »Übergangsmanagement SCHLAU« gelingt dies sogar über 70 Prozent (einschließlich

¹ vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld 2010, S. 7, 96-104

² vgl. www.uebergangsmanagement.nuernberg.de

³ vgl. DJI, interner Bericht der wissenschaftlichen Begleitung, 2010

der Übertritte auf weiterführende Schulen).⁴

Das Übergangsmanagement als Gesamtkonstruktion beginnt bereits in der 5. Jahrgangsstufe mit dem Nürnberger Portfolio »Auf dem Weg«, das die 11- bis 13-Jährigen dazu anhält, ihre Umgebung und ihren Stadtteil zu entdecken, eigene Fähigkeiten auszuloten, das Selbstbewusstsein zu stärken, altersgerechte Identität herauszubilden und Teamfähigkeit zu praktizieren. Ab der 7. Jahrgangsstufe setzt die Berufsorientierung ein und führt zielstrebig und standardisiert hin zur Berufsberatung und zur aktiven Übergangsbegleitung.

Mit Hilfe weiterer SchülerInnen-, Eltern- und LehrerInneninformationen werden zielgruppenspezifische Angebote der Übergangsbegleitung vorgestellt. Eindeutig unter Beweis gestellt wurde dabei in den letzten Jahren, dass neben der fachlich-beruflich orientierenden Beratung der sozialpädagogischen Betreuung auch der materiellen Unterstützung im Bewerbungsverfahren eine entscheidende Rolle zukommt. Das Nürnberger Übergangsmanagement stellt den jungen Menschen eine Instanz zur Seite, die motiviert, über Fehlschläge im Bewerbungsverfahren hinweghilft, dafür sorgt, dass Termine eingehalten werden und in der vor allem die Zeit vorhanden ist, unvoreingenommen zuzuhören. Die über mehrere Jahre hinweg realisierten bemerkenswerten Ergebnisse des Angebots SCHLAU werden erzielt – so die Beurteilung im OECD-Bericht »Berufsbildung in Deutschland 2010« –, »weil die Akteure auf lokaler Ebene zusammenarbeiten und ihre Ressourcen koordinieren, um die Schülerinnen und Schüler zu begleiten und ihre Entwicklung zu verfolgen«⁵, und sie belegen die Wirksamkeit eines systematisch angelegten Übergangsmagements.

Schulberufsausbildung und Übergangssystem

Durch die systematische Bildungsbegleitung werden die jungen Menschen sensibel und an ihren Interessen und Neigungen orientiert auch auf weniger bekannte und gesuchte Splitterberufe hingewiesen. Einen wichtigen Beitrag zur verbesserten Ausschöpfung des Ausbildungsmarkts liefert das von SCHLAU in Kooperation mit den Kammern durchgeführte Matching⁶. Eine derart passgenaue Bewerbung hilft Ausbildungsabbruch zu vermeiden, stabilisiert das Ausbildungsverhältnis und trägt damit auch zur Ausbildungsneigung der Betriebe bei.

Gleichwohl stößt das beste Übergangsmanagement an seine systemische Grenze, sobald der Ausbildungsmarkt ausgeschöpft ist. Die Stadt Nürnberg hat deshalb den Ausbau der Berufsfachschulen vorangetrieben. Das Angebot wurde insbesondere mit dem Blick auf männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund um die zukunftsorientierten Berufsfachschulen »Gebäude- und Energietechnik«, »Anlagenmechanik«, »Fertigungstechnik«, »Bautechnik« und »Farb- und Raumgestaltung« erweitert.

Darüber hinaus hat die Stadt in der Stadtverwaltung oder als Partner in der Verbundausbildung zusätzliche Lehrstellen geschaffen. Sehr erfolgreich ist auch das bayernweit einmalige Modell der Berufsgrundausbildung (BGA), das seit einigen Jahren an kommunalen Berufsschulen praktiziert wird. Darin werden theoretische und praktische Inhalte des ersten Ausbildungsjahrs vermittelt, sodass ein späterer Einstieg in die duale Ausbildung ohne Zeitverlust für den jungen Menschen gelingen kann und dabei auch dem Ausbildungsbetrieb nutzt, der mit bestens vorbereiteten Jugendlichen rechnen kann. Wiederholt konnten in den vergangenen Jahren solche Klassen bereits lange vor Ende des Schuljahrs geschlossen werden, weil die TeilnehmerInnen, auch mit Hilfe der Fachkontakte der BerufsschullehrerInnen, rascher in eine duale Ausbildung überwechseln konnten.

Die Stadt Nürnberg bietet grundsätzlich jedem Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz ein Berufsvorbereitungsjahr an. Dank frühzeitiger Erfassung der Nachfrage noch vor dem Hauptschulabschluss werden die Angebote bedarfsgerecht gesteuert, sodass jeder junge Mann und jede junge Frau in der jeweils favorisierten Berufsrichtung auch einen Platz findet.

Zusätzlich zu diesen individuellen Angeboten trägt die im Rahmen des Projekts »Regionales Übergangsmanagement« unter Einbeziehung aller Anbieter entwickelte Angebotsdatenbank zur Transparenz und verbesserten Information bei.

Fazit: Es wirkt!

Zweifellos entfalten die kommunale Koordinierung, ein aktives und auf Kohärenz setzendes Bildungsmanagement, die systematische Übergangsbegleitung und der konsequente Ausbau der Schulberufsausbildung – subsidiär zur dualen Ausbildung – hohe Wirksamkeit. Völlig zu Recht drängt die Gruppe der ArbeitnehmerInnen in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2010 deshalb darauf, die berufliche Ausbildung von konjunkturellen Abhängigkeiten abzukoppeln und den Anspruch auf berufliche Ausbildung faktisch zu garantieren. In gleicher Weise zu unterstützen sind die Forderungen nach einem regionalen Übergangsmanagement, angesiedelt bei den Kommunen, die den in Nürnberg gemachten Beobachtungen entspricht: »Für Jugendliche entscheidet sich vor Ort, ob der Einstieg und die Integration in das Berufsleben gelingen. Folglich müssen die Kompetenzen und Zuständigkeiten aller beteiligten Akteure zielgerichtet und transparent gebündelt und vernetzt werden.«⁷

Es steht zu hoffen, dass angesichts der ermutigenden Belege über die Wirksamkeit der kommunalen Koordination des Übergangsgeschehens diese Forderung in möglichst naher Zukunft über eine rechtliche Beauftragung der Städte und Gemeinden nachhaltig verankert wird.

von Dr. Hans-Dieter Metzger

Koordination Bildungsbüro Nürnberg

Eine ausführlichere Version des Artikels stellen wir auf unsere Homepage: www.gew-bayern.de



⁴ vgl. Tätigkeitsberichte unter www.schlau-nuernberg.de

⁵ http://www.oecd.org/document/10/0,3343,de_34968570_34968855_45909002_1_1_1_1,00.html

⁶ Matching bedeutet hier die passgenaue Vermittlung von Lehrstellen

⁷ Berufsbildungsbericht 2010, Bonn u. Berlin 2010, S. 76

Wohin geht die Entwicklung? Qualifiziert oder Schmalspur?



Foto: imago/imagebroker

Veränderungen in der Arbeitswelt stellen neue Anforderungen

Die Arbeitswelt wandelt sich ständig. Arbeitsbeziehungen sind instabiler geworden. Vorbei sind die Zeiten, in denen die meisten Beschäftigten von der Ausbildung bis zur Rente im gleichen Betrieb und Beruf beschäftigt sind. Immer mehr Beschäftigte sind gezwungen, in ihrem Erwerbsleben nicht nur den Arbeitgeber, sondern auch den Beruf zu wechseln. Prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Um sich unter diesen veränderten Bedingungen behaupten zu können, brauchen ArbeitnehmerInnen umfassende berufliche und soziale Kompetenzen. Die Voraussetzung dafür muss die berufliche Erstausbildung vermitteln.¹

Veränderungen der Arbeit im Büro

Einfache Tätigkeiten im Büro nehmen weiter ab. Die technologische Entwicklung und die organisatorischen Veränderungen seit der letzten Neuordnung der Büroberufe 1991 sind enorm. Vernetzte PCs und Office-Anwendungen gehören zu jedem Arbeitsplatz. Routinearbeiten finden zunehmend automatisiert statt.²

Die Forderungen des DGB an neue und neugeordnete Ausbildungsberufe

- »Neue Berufe müssen so gestaltet werden, dass sie
- anschlussfähig und durchlässig sind und nicht in berufliche Sackgassen ohne Aufstiegsmöglichkeiten führen,

¹ vgl. Positionspapier des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Mehr Chancen durch Modernisierung der Ausbildungsberufe, vom 03.02.2009

² vgl. DGB, Karrierechancen für Frauen sichern, für eine qualifizierte Ausbildung, Unterschriftenliste unter http://www.jugend-bw.dgb.de/Politik/2010_03_Karrierechancen_fuer_Frauen_sichern/

- zukunftsfähig sind und nicht einem kurzfristigen Bedarf einer Branche entsprechen,
- zu einem soliden Ausbildungsberuf führen und nicht Interessen nach qualitativ schlechter Ausbildung bedienen,
- jungen Frauen und jungen Männern gleichermaßen eine Perspektive bieten,
- durch Weiterbildungsmöglichkeiten ständig erweiterbar und ergänzbar sind.«³

Das dreijährige Ausbildungsberufsbild »Büro« der Gewerkschaften

Zu den Büroberufen gehören die Berufe Kaufleute für Bürokommunikation, Bürokaufleute und Fachangestellte für Bürokommunikation. Der Vorschlag der DGB-Gewerkschaften vom Juni 2009 sieht die Zusammenlegung der drei Ausbildungsberufe in einen neuen Büroberuf mit dreijähriger Ausbildung vor. »Die Ausbildung soll die berufstypischen Arbeitsprozesse wie Planen, Abwickeln, Reflektieren, Kontrollieren und Verbessern von Büroabläufen beinhalten. Die Ausbildungsschwerpunkte orientieren sich entlang der Kernprozesse der Leistungserstellung im Betrieb.«⁴

Das Konzept der Arbeitgeber

Das Kuratorium der Wirtschaft für Berufsausbildung und der DIHK – die Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern – wollen die Neuordnung der Büroberufe nutzen, um eine zweijährige Ausbildung einzuführen. Der Arbeitgebervorschlag lehnt sich an das DIHK-Modell »Dual

³ vgl. Positionspapier des Deutschen Gewerkschaftsbundes, a. a. O.

⁴ vgl. IG Metall, News-Letter Berufsausbildung Kaufleute, 02./2009

mit Wahl« an. »Dual mit Wahl« gliedert die Ausbildung in zwei Abschnitte: Auf die Vermittlung grundlegender Qualifikationen einer Branche oder Berufsgruppe (Abschnitt 1) folgt die spezielle Qualifikation für den einzelnen Beruf mit Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Modulen (Abschnitt 2).⁵

Folgen einer zweijährigen Büroausbildung

Diese Kurzausbildung würde vor allem Frauen treffen, denn der Frauenanteil bei den Büroberufen beträgt über 70 %. Die zweijährige Schmalspurausbildung zur Bürohilfskraft führt in prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit.

Kennzahlen zu den Büroberufen mit Stand 2008

Beruf	Auszubildende	davon Frauen	Frauenanteil
Bürokaufleute	60.078	43.662	72,7 %
Kaufleute für Bürokommunikation	36.540	28.734	78,6 %
Fachangestellte für Bürokommunikation	3.261	2.601	79,8 %

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Arbeitsmarktentwicklung – Daten des IAB von 2007

	Beschäftigte	Frauenanteil	Arbeitslosenquote
Bürohilfskräfte	156.051	73,8 %	38,9 %
Bürofachkräfte	3.534.173	71,3 %	5,2 %

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung

Die Position des DGB

In ihrer Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 2010 stellen die Gewerkschaften fest: »Über die Hälfte der abgeschlossenen zweijährigen Ausbildungsverträge wurde im Beruf Verkäuferin abgeschlossen.« Ansonsten finden zweijährige Berufe kaum Anklang und sind auch nicht krisenfest. »Eine »Kurzausbildung« sorgt nicht für die erforderliche umfassende Kompetenzvermittlung. Eine sehr spezialisierte und nur auf einige Tätigkeiten fokussierte zweijährige Berufsausbildung beeinträchtigt die Flexibilität und Durchlässigkeit des (Berufs-)Bildungssystems und mindert seine Attraktivität und Qualität. Schmalspurausbildungen und modulare Qualifikationssysteme sind keine Konzepte für die Erneuerung des dualen Systems. Die Schaffung neuer zweijähriger Berufe erhöht die Anzahl der momentanen Berufe in Deutschland und verbessert die Ausbildungssituation und Transparenz – auch unter dem Deckmantel der damit angeblichen Schaffung von »Berufsfamilien« – nicht im geringsten. Ausbildungsabschnitte, modular und aufeinander aufbauend, garantieren in den meisten Fällen in der Realität weder den Durchstieg vom zweijährigen in den dreijährigen Beruf noch eine arbeitsmarktfähige Qualifikation im zweijährigen Beruf. Alle Berufsabschlüsse müssen auf ei-

⁵ vgl. <http://www.dihk.de/inhalt/download/reformmodell.pdf>

ner Berufsausbildung mit einer Ausbildungsdauer von mindestens drei Jahren basieren. Die Forderung der Arbeitgeber und des Bundeswirtschaftsministeriums, für vermeintlich »nicht ausbildungsreife« Jugendliche Ausbildungsgänge mit weniger Theorie und einer nur zweijährigen Dauer anzubieten, lehnen wir grundsätzlich ab. Besonders für benachteiligte Jugendliche muss es statt kürzerer Ausbildungszeiten bessere Förderung und eher längere Lernzeiten geben.«⁶

Was will der Bundeswirtschaftsminister?

Die Neuordnung von Ausbildungsberufen erfolgte in der Vergangenheit in der Regel im Konsensprinzip, d. h. durch Einigung von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Bundeswirtschaftsminister. Wirtschaftsminister Brüderle präferiert das Kammermodell »Dual mit Wahl«, ohne es beim Namen zu nennen. Er betont die Bedeutung des Konsensprinzips, sieht darin aber auch den Kompromiss. »Um Stillstand zu vermeiden«, droht er an, Ausbildungsordnungen zu verabschieden, »auch wenn nicht alle Seiten zugestimmt haben.«⁷

Wie geht es weiter?

Die Diskussion um den Fachkräftemangel gibt – so ist zu hoffen – der Forderung nach qualifizierten, mindestens dreijährigen Ausbildungsberufen neuen Auftrieb.

Zahlen – Daten – Fakten

ca. 100.000	Auszubildende werden derzeit in den drei Büroausbildungsberufen ausgebildet.
1,5 Millionen	der 20- bis 29-Jährigen in Deutschland haben keinen Berufsabschluss. Tendenz steigend.
5,5 Millionen	Personen - so groß wird die Arbeitskräftelücke in Deutschland im Jahr 2030 sein. Es werden vor allem Fachkräfte und AkademikerInnen fehlen, so die Prognos-Studie Arbeitslandschaft 2030.

Quelle: IG Metall, Berufsbildung Kaufleute

Die DGB-Gewerkschaften haben sehr erfolgreich eine Unterschriftenaktion gestartet: »Karrierechancen für Frauen sichern, für eine qualifizierte Ausbildung«. Die Unterschriftenliste gibt es als PDF-Datei im Internet.⁸

von Reinhard Bell

Fachgruppe Berufliche Schulen der GEW Bayern
Stadler-Bell@t-online.de



⁶ vgl. [http://www.wir-gestalten-berufsbildung.de/betriebliche-berufsausbildung/aktuelles/2010/stellungnahmen-zum-berufsbildungsbericht-2010/?tx_wgb\[bl\]=60&cHash=21c9f8addd](http://www.wir-gestalten-berufsbildung.de/betriebliche-berufsausbildung/aktuelles/2010/stellungnahmen-zum-berufsbildungsbericht-2010/?tx_wgb[bl]=60&cHash=21c9f8addd)

⁷ <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/wirtschaft,did=304460.html>

⁸ siehe auch Fußnote 2, weitere Infos der IG Metall: www.kaufleute.org

FOS/BOS: Feigenblatt oder echte Chance – oder gar beides?

Die Fachoberschule in Bayern führt SchülerInnen mit einem Mittleren Schulabschluss in zwei Jahren zur Fachhochschulreife, wobei die 11. Klasse jeweils zur Hälfte aus Unterricht und Praktika besteht. Die Berufsoberschule ermöglicht jungen Menschen mit einem Mittleren Schulabschluss und einer Berufsausbildung nach einem Schuljahr die Fachhochschulreife. An beiden Schularten können die SchülerInnen durch den Besuch der 13. Klasse auch die fachgebundene Hochschulreife erlangen. Erlernen sie dabei in der 12. und 13. Klasse auch noch eine zweite Fremdsprache oder können sie Unterricht in der zweiten Fremdsprache in vier aufsteigenden Jahren nachweisen und hatten sie dabei im letzten Zeugnis keine schlechtere Note als »ausreichend«, so bekommen sie nach bestandenen Prüfungen die allgemeine Hochschulreife verliehen. Dieser Bildungszug dauert also 13 Jahre, wobei die SchülerInnen aber ein halbes Jahr Praktika haben bzw. die Praktika durch die Berufsausbildung abgeleistet wurden.

Heterogenität in allen Dimensionen

Die Fach- und Berufsoberschule hat sich somit unter anderem zu einem Reparaturbetrieb für das dreigliedrige bayerische Schulsystem entwickelt, da hier die SchülerInnen, die nach der Grundschule als nicht geeignet für das Gymnasium aussortiert wurden, noch einmal eine Chance bekommen, an eine Fachhochschule oder Universität zu kommen. Dies um so mehr, als die Bayerische Staatsregierung in den letzten Jahren verstärkt versucht, durch den Ausbau der Fach- und Berufsoberschulen die Zahl der AbiturientInnen zu steigern und damit im innerdeutschen und internationalen Vergleich besser abzuschneiden. Es soll aber nicht verschwiegen werden, dass diese Schulen – unabhängig von den Intentionen der Staatsregierung – für die Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund eine große Chance darstellen. Deshalb sind diese Jugendlichen an den Fach- und Berufsoberschulen auch weit überproportional vertreten. Zudem stellt diese Schulart in Zeiten, in denen nur schlecht eine Lehrstelle zu bekommen ist, eine »Übergangslösung« bis zum Abschluss eines Lehrvertrages dar. Das Gleiche gilt für die Berufsoberschule bei einer schwierigen Arbeitsmarktsituation für junge Menschen, die schon eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und danach keine Arbeitsstelle finden.

Diese inhomogene SchülerInnenschaft bringt für die Fach- und Berufsoberschulen gleichzeitig Chancen und Pro-



bleme. Wie schon bemerkt, gelingt es vielen SchülerInnen aus bildungsfernen Schichten und mittlerweile auch aus dem M-Zweig der Hauptschule, durch großen Fleiß und sehr engagierte LehrerInnen bildungsmäßig (wieder) Anschluss an ihre Altersgenossen, die den herkömmlichen Weg über das Gymnasium gegangen sind, zu finden. Das geht aber nicht reibungslos vonstatten. Die SchülerInnen (aus der Real- oder Wirtschaftsschule, dem M-Zweig der Hauptschule oder der Mittelstufe des Gymnasiums) beginnen die Fach- und Berufsoberschule mit sehr unterschiedlichem Wissen, sozialem Hintergrund und unterschiedlicher bisheriger Lern- und Schulerfahrung. Ehemalige GymnasiastInnen haben oft einen beträchtlichen Vorsprung in den allgemeinbildenden Fächern, sind aber ihren KlassenkameradInnen, die aus der Real- oder Wirtschaftsschule kommen, in Fächern wie Wirtschaftslehre, Rechnungswesen oder Technisches Zeichnen unterlegen. Die ehemaligen Real- und WirtschaftsschülerInnen können in zwei Gruppen eingeteilt werden: in eine hochmotivierte und leistungsfähige, die sehr engagiert auf die Abschlüsse der Fach- und Berufsoberschule hinarbeitet; bei schlechter Ausbildungsplatzsituation gibt es aber auch die sogenannten »ParkschülerInnen«, die – obwohl sie in ihren Leistungen ohnehin schwächer sind – wenig Motivation zeigen. Die ehemaligen SchülerInnen des M-Zweigs sind in der Regel sehr lernbereit, haben aber nicht selten Wissenslücken. Das Gleiche gilt für die SchülerInnen der Berufsoberschule, die ja schon im Arbeitsleben standen und sich über die Chancen, die diese Schule für sie bietet, völlig im Klaren sind.

Verschärfte Bedingungen

Es ist nun die Kunst der LehrerInnen an FOS und BOS und der motivierten SchülerInnen, bis zum Ende der Probezeit (für die BOS bis zum 15. Dezember, für die FOS bis zum 15. Februar) die Klassen einigermaßen auf einen Level zu bringen. Dabei tun sich Jugendliche mit Migrationshintergrund und aus der M10 besonders schwer. Die LehrerInnen benötigen ein Gespür dafür, welche SchülerInnen

auch bei nicht ganz ausreichenden Leistungen am Ende der Probezeit doch eine Chance haben, die Fach- oder Berufsoberschule zu bestehen. Es bleibt eine Tatsache, dass die Fach- und Berufsoberschulen als einzige Schulart eine derart knapp bemessene Probezeit haben und damit Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten nur wenig Zeit geben, ihre Rückstände aufzuholen. Daran ändert auch der seit Kurzem eingeführte Förderunterricht in Kernfächern im Umfang von insgesamt zwei Jahreswochenstunden kaum etwas und dient nur nachträglichen Reparaturversuchen eines zu früh selektierenden bayerischen Schulwesens. Dabei sind fast alle Mädchen und die meisten Jungen mit Migrationshintergrund hochmotiviert und durchaus in der Lage, ein vernünftiges Alltagsdeutsch zu sprechen und zu schreiben. Wenn es bei schriftlichen Arbeiten aber auf das Verständnis von differenzierten Fragestellungen ankommt, haben sie doch oft Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache. Hier wäre eine viel frühere Sprachförderung notwendig. Darüber hinaus finden manche jener Jungen mit islamischen Hintergrund nur schwer ihre Rolle in der Klasse. Sie stehen sich oft mit übertriebenem Machogehabe selbst im Weg. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb haben ihre Eltern – bei Jungen und Mädchen – oft ein größeres Interesse an den schulischen Leistungen ihrer Kinder als deutsche und tauchen oft in der LehrerInnensprechstunde auf.

Unzumutbarkeiten ...

Das Elend des bayerischen Schulwesens wird jedoch von der Tatsache widerspiegelt, dass die Klassenstärken an der FOS und besonders an der BOS in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen haben. Heuer stiegen bayernweit die Anmeldezahlen an der BOS wieder um über 16 % und die Klassenstärke um über 4 %, also durchschnittlich um einen Schüler pro Klasse. Dazu kommt, dass differenzierter Unterricht durch zeitweilige Klassenteilungen, der vor 15 bis 20 Jahren noch in einigen Fächern (z. B. in Englisch) möglich war, stark abgebaut wurde. In anderen Worten: Als wir noch eine relativ homogene SchülerInnenschaft hatten, gab es viel mehr Möglichkeiten zu Klassenteilungen als jetzt, wo manchmal ein Drittel oder die Hälfte der Klasse einen Migrationshintergrund hat und auch die SchülerInnen aus der M10 verstärkte Förderung, besonders in der 11. Klasse, bräuchten. Und obwohl der eklatante Lehrkräftemangel der letzten Jahre an FOS und BOS langsam nachlässt und deswegen nicht mehr so viele Stunden ausfallen, herrscht an einem Großteil der Fach- und Berufsoberschulen ein akuter Raumbedarf. So werden an der Fach- und Berufsoberschule Schweinfurt in diesem Schuljahr wahrscheinlich vier

11. Klassen in Schichten unterrichtet. Die Nachmittagschicht für diese Klassen ist dann von 13.30 bis 18.30 Uhr. Dies sind Zustände, wie sie es seit einigen Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat und die durchaus voraussehbar waren. Dazu kommt natürlich eine große Menge in andere Gebäude ausgelagerter Klassen. Beides – Schichtunterricht und Pendeln – mutet SchülerInnen wie LehrerInnen zusätzliche Belastungen zu, die die Arbeitszufriedenheit und womöglich auch die Arbeitsqualität, z. B. in Prüfungssituationen, beeinträchtigt. Zieht man ein Fazit, möchte Bayern den Bildungsweg über die Fach- und Berufsoberschulen verstärkt öffnen, aber weder der Freistaat noch die meisten Sachaufwandsträger sind bereit, dafür genügend Geld zur Verfügung zu stellen.

... nicht mehr klaglos hinnehmen

Der Unmut darüber wächst und Protest regt sich: So hat der Elternbeirat der Beruflichen Oberschule Regensburg – unterstützt vom dortigen Personalrat – eine Petition an den Bayerischen Landtag gerichtet, einen raschen Schulhausneubau zu fördern, nachdem die Stadt Regensburg den Baubeginn von 2010 auf Herbst 2013 verschoben hat. Auch wurden von Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen über mehr als ein halbes Jahr hinweg Mahnwachen vor dem Rathaus abgehalten. Und für dieses Schuljahr ist eine Gefährdungsanalyse auf der Grundlage des Arbeitsschutzgesetzes geplant.

Fazit

Festzustellen bleibt, dass die Fach- und Berufsoberschulen für viele Jugendliche aus bildungsfernen Familien eine große Chance darstellen. Trotzdem sind sie nur ein Reparaturbetrieb für das verfehlt bayerische dreigliedrige Schulsystem. Dem Einsatzwillen der allermeisten SchülerInnen und LehrerInnen ist es zu verdanken, dass dieser Schultyp einen erheblichen Anteil der bayerischen AbiturientInnen hervorbringt. Niemand kann aber sagen, wie viel mehr SchülerInnen genügend Begabung für einen höheren Schulabschluss haben, aber nach ihrer Aussortierung nach der 4. Klasse den Weg auf die Fach- und Berufsoberschulen doch nicht finden. Nur »eine Schule für alle« kann allen Kindern einigermaßen gleiche Bildungschancen geben. Sie muss das Ziel der GEW bleiben.

von **Walter Feineis**

Lehrer an der beruflichen Oberschule Schweinfurt und
Kreisvorsitzender der GEW Würzburg



EQR und DQR: Risiken einschätzen – aber richtig

Auf zwei Fachkonferenzen wurden im Auftrag der »Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales« (17. und 18. November 2009) und des BMBF/der KMK (19. Oktober 2010) – unter Beteiligung bildungspolitischer ExpertInnen aus Deutschland und anderen europäischen Ländern – der Europäische und der noch im Erarbeitungsprozess befindliche Entwurf eines Deutschen Qualifikationsrahmens in Berlin konsensual, aber teilweise auch kontrovers diskutiert. Doch reichen diese Anstrengungen in den letzten zwei Jahren neben vielen Gutachten, Arbeitsgruppen und Ausschüssen mit unterschiedlichsten bildungspolitischen AkteurInnen für einen schleichend legitimierten Strukturbruch von der Input- zur Outcomesteuerung im Bildungssystem aus?

Vor einer eindeutigen Beantwortung der Frage aber doch eins nach dem anderen: Beide Tagungen schließen an Vorläuferkonferenzen an, die sich im Rahmen der »Methode der offenen Koordinierung« mit der Einführung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) für Lebenslanges Lernen auseinandersetzen, der von der Europäischen Kommission und vom Europäischen Parlament bereits im Jahre 2008 als Referenzrahmen für nationale Qualifikationsrahmen empfohlen wurde. Der EQR bezieht sich auf europäische Bildungs- und Beschäftigungssysteme insgesamt: Er soll die in den unterschiedlichen nationalen Bildungssystemen erworbenen Qualifikationen und Kompetenzen übersetzen und transnational bzw. supranational vergleichbar machen.

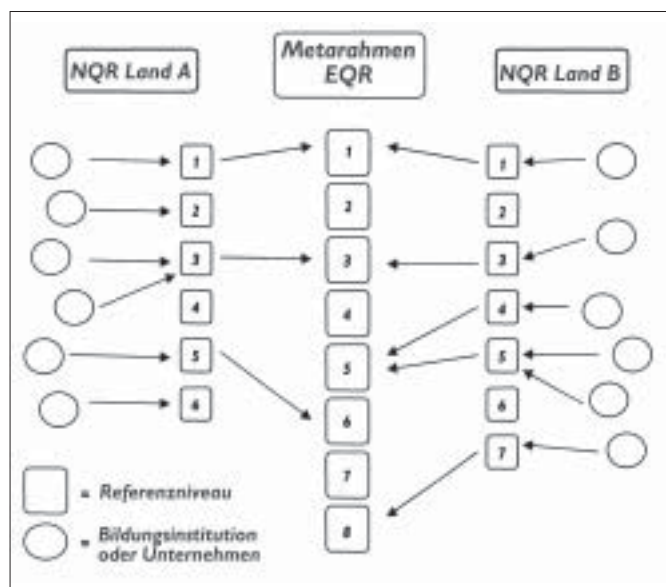


Abb. 1: Transnationale und supranationale Zuordnungen von Qualifikationen und Kompetenzen zwischen dem EQR und Einzelstaaten

Zusammengefasst soll mit dem EQR entsprechend der »Erklärung der europäischen Bildungsminister von Kopenhagen« aus dem Jahr 2002 die Mobilität europäischer Ar-

beitnehmerInnen erleichtert, Transparenz und Durchlässigkeit verschiedener Abschlussniveaus ermöglicht werden. Zu den mit dem EQR und der Europäisierung der Bildung verbundenen Konzepten und Instrumenten, die verstärkt auf das deutsche Bildungssystem wirken, zählen die Modularisierung von Bildungs- und Ausbildungsgängen, die Einführung von Standards und die Bewertung und Zertifizierung von Lernergebnissen, die innerhalb und außerhalb der formalen Bildungssysteme auf unterschiedlichen Lernwegen und zu unterschiedlichen Lernzeiten erreicht werden. Grundsätzlich ist der EQR auf erreichte Outcomes orientiert, also auf Lernergebnisse. Entscheidend soll nicht länger sein, wie lange oder wo jemand lernt oder gelernt hat, sondern über welche Kompetenzen und Qualifikationen derjenige verfügt.

71 Prozent des GEW-organisierten Bildungspersonals halten nach einer Befragung im Rahmen eines Max-Traeger-Gutachtens zu »Grundlagen, Positionen und Optionen« des DQR (2009) den EQR in seinen Auswirkungen für einen Reformimpuls in Deutschland. Die Mittelwerte der Zustimmung liegen am höchsten bei den Beschäftigten in der Schulverwaltung, in der Hochschule und in den allgemeinbildenden Schulen.

Ich halte den EQR für einen Reformimpuls in Deutschland		N	Mittelwert
Berufstätigkeit	allgemeinbildende Schulen	31	2,81
	berufsbildende Schulen	22	2,59
	Hochschule	8	2,88
	Weiterbildung	12	2,75
	Schulverwaltung	9	3,00
gesamt		84	2,76

Abb. 2: Erwartung an den EQR als Reformimpuls nach Berufsgruppen

Bei näherem Hinsehen auf diese Bildungsreformerwartung halten die Befragten die Realisierung von mehr Chancengleichheit zu 38,9 Prozent durch den EQR im nationalen Bildungs- und Beschäftigungssystem für »eher nicht zutreffend« und 38,9 Prozent für »eher zutreffend«. Aber zur Erreichung von mehr Gleichwertigkeit unterschiedlicher Bildungswege sehen in ihm die Chance über 70 Prozent, als einen Beitrag für mehr Durchlässigkeit aufgerundet immerhin 64 Prozent der Befragten. Die größte Wahrscheinlichkeit einer Wirkung des EQR wird in der Unterstützung von mehr Transparenz erhofft, mit deren Verbesserung über den EQR 75 Prozent rechnen.

Anfang 2007 hatten die Bundesregierung und die Kultusministerkonferenz die Schaffung eines nationalen Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) bis zum Jahr 2010 vereinbart, was für die solide Erarbeitung einen großen Zeitdruck schafft und eine wissenschaftliche Begleitforschung fast gänzlich ausschließt. Der DQR und die parallelen nationalen Rahmen oder Systeme in Europa sollen dazu die-

nen, alle Kompetenzen und Qualifikationen, die im gesamten Bildungssystem eines Landes, und zwar in der formellen und informellen Bildung erbracht werden, zu erfassen, innerhalb einer eigenen Systematik zu ordnen und über den EQR vergleichbar zu machen. In Abstimmung mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen steht der DQR unter den von allen Beteiligten geforderten Zielsetzungen, die Durchlässigkeit, Transparenz und Chancengleichheit im Bildungswesen mit acht Niveaustufen zu erhöhen. Es werden demnach Strukturen geschaffen, von denen kaum zu sagen ist, ob sie diese Ziele einlösen oder eher gegenteilige Wirkungen haben und bisher erfolgreiche Bildungswege und Reformansätze zersetzen. Im Bereich der Berufsbildung und Weiterbildung drängt sich die Unsicherheit in den Vordergrund, wie der DQR so gestaltet werden kann, dass er die Orientierung am Prinzip der Beruflichkeit mit eigenständiger beruflicher Identität ausbaut und nicht lediglich auf reine Beschäftigungsfähigkeit ausgerichtet ist.

Nach der Grundkonstruktion des DQR-Entwurfs für Lebenslanges Lernen (<http://www.deutscherqualifikationsrahmen.de>) von 2009 werden Kompetenzen und Qualifikationen über ihre deskriptorenbasierte Erfassung und Zuordnung – unabhängig von bisherigen Abschlüssen sowie Bildungsweg- und Übergangsstrukturen – neu bewertet und eingeordnet. Dabei beziehen die bildungspolitisch Verantwortlichen sich bezüglich der erziehungswissenschaftlichen Diskussion um den Kompetenzbegriff nicht auf diagnostische, sondern auf Handlungskompetenzen.

Niveauindikator			
Anforderungsstruktur			
Fachkompetenz		Personale Kompetenz	
Wissen	Fertigkeiten	Sozialkompetenz	Selbstkompetenz
Tiefe und Breite	Instrumentelle und systemische Fertigkeiten, Beurteilungsfähigkeit	Team-/Führungsfähigkeit, Mitgestaltung und Kommunikation	Selbstständigkeit-/Verantwortung, Reflexivität und Lernkompetenz

Abb. 3: Niveauindikator zur Standardisierung

Mehrere Wege sind möglich, über die im jetzigen Bildungssystem praktizierte Verfahren der Selektion und Segregation im besten Fall aufgelöst oder im ungünstigsten tradiert werden. Zum Beispiel kann der traditionell erstarrte Gegensatz zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung über den DQR abgebaut, aber auch verschärft werden. Oder mit anderer Blickrichtung: Zwischen beruflichen Bildungswegen und Hochschulstudiengängen können die Gräben überbrückt oder vertieft werden.

Perspektivisch sind beim heutigen Entwicklungsstand die damit unmittelbar verbundenen Fragen nach der Qualitätssicherung ausgewiesener Kompetenzen und Qualifikationen noch nicht befriedigend beantwortet. Für die Hochschulen wurde mit dem »European Credit Transfer and Accumulation System« (ECTS) ein Leistungspunktesystem geschaffen, das Studienleistungen erfasst und in seinen kontraproduktiven Auswirkungen für Mobilität und Durchlässigkeit noch nicht ausreichend gesellschaftlich justiert ist.

Die Einführung eines mit ECTS und DQR kompatiblen Leistungspunktesystems für die berufliche Bildung, das »European Credit System for Vocational Education and Training« (ECVET) seitens der EU und dann auch Deutschlands, ist der nächste Schritt, dessen Wirkungen bisher aufgrund fehlender wissenschaftlicher Vorarbeiten schwer einzuschätzen sind. In seiner Struktur eines Punktesystems stellt der ECVET aber letztlich bisherige ganzheitliche Bildungs- und Ausbildungsgänge in Frage. Je nach Ausgestaltung auf der Ebene der Mitgliedsstaaten wird es erhebliche Folgen für die Strukturen von beruflicher Bildung und Weiterbildung haben, bis hin zu Einflüssen auf das Tarifgefüge. Es besteht das gewerkschaftlich bereits identifizierte Risiko, dass Zusammenhänge und Kontexte und damit letztlich das Berufsprinzip verloren gehen könnten, wenn die im ECVET vorgesehenen kleinen und kleinsten Qualifikationseinheiten erfasst und bewertet werden.

Es eröffnet sich mit dem DQR ein starkes Spannungsfeld zu den bestehenden Strukturen und Systemen der allgemeinen, der hochschulischen, der dualen, aber auch der vollschulischen Berufsausbildung sowie der Weiterbildung in anerkannten Fortbildungsberufen. Letztlich geht es beim DQR, am konsequentesten beim ECVET um bildungspolitische Extreme: Auf der einen Seite um eine Ökonomisierung der Bildung mit eindeutiger Marktorientierung, der Expertise entgegengesetzt werden muss, und auf der anderen Seite um eine Bildung, die an einem ganzheitlichen Menschenbild orientiert ist, also auf Chancengleichheit, Durchlässigkeit und Gerechtigkeit zielt, wofür evidenzbasiert Grundlagen zu entwickeln sind. Damit beantwortet sich die Eingangsfrage, ob die bisherigen Anstrengungen zur Erarbeitung des DQR ausreichen. Den mit viel administrativem Kraftaufwand geleisteten Bemühungen um Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen gebührt Anerkennung, sie sind aber für die Legitimation eines bildungspolitischen Strukturbruchs nicht hinreichend.

Unter dieser Prämisse leitet sich die Forderung ab, den zeitlichen Entscheidungsdruck bildungspolitisch herauszunehmen. D. h., dass zur Risikoeinschätzung vor der Einführung des DQR auf der Basis seiner Erprobung in Ernstsituationen eine wissenschaftliche Evaluation in ausgewählten Teilen des Bildungs- und Beschäftigungssystems zu beginnen ist. Dafür bedarf es – bei Beachtung beruflicher Ordnungsmittel und Bildungsstandards – eines Forschungsdesigns, das an die Interessen der gesellschaftlichen Kräfte anknüpft, die das informelle, nichtformale und formale Lernen einem Anrechnungsverfahren in öffentlicher Verantwortung zuführen wollen, um bildungsfernere Schichten in ihrer Mehrheit nicht weiterhin zu benachteiligen.

von Dr. Harry Ness

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung



Berufsbildende Schulen unter Privatisierungsdruck

Der 11. Teil der Reihe Privatisierungsreport beinhaltet eine Analyse der Privatisierungstendenzen im Bereich der Beruflichen Bildung. Damit will die GEW auf die rasanten Veränderungsprozesse in berufsbildenden Schulen, die in der öffentlichen Wahrnehmung im Hintergrund stehen, hinweisen. Wie der Report zeigt, sind sie eine sehr vielseitige Schulform in Deutschland. Über 120.000 PädagogInnen arbeiten in berufsbildenden Schulen mit einer ausgesprochenen Vielfalt an Kompetenzen, sowohl in fachlicher wie in pädagogischer Hinsicht. Sie werden sowohl in der Berufsvorbereitung wie auch in der Ausbildung in über 300 Berufen sowie in beruflichen Fachschulen und Gymnasien eingesetzt. Das pädagogische Personal an berufsbildenden Schulen ist mit großen Herausforderungen konfrontiert: der ständige Wandel in der Arbeitswelt, der in den Ausbildungen berücksichtigt werden muss; der Notstand hinsichtlich der Ausbildungsplätze in Betrieben und damit der Rückgang der dualen Ausbildung; die enge Zusammenarbeit mit Betrieben und anderen Trägern beruflicher Ausbildung; eine große Heterogenität an SchülerInnen, die im Sinne von Chancengleichheit so gefördert werden sollten, dass ihnen für ihr späteres Leben viele Wege offen stehen, auch ein Studium an einer Hochschule.

Das Spektrum an Schülerinnen und Schülern in berufsbildenden Schulen ist äußerst vielfältig: vom Jugendlichen ohne Schulabschluss bis hin zu ehemaligen StudentInnen, die ihr Studium aufgegeben und eine Berufsausbildung begonnen haben.

Hervorzuheben ist folgende Tendenz: In den letzten 25 Jahren haben sich berufsbildende Schulen mehr und mehr auf sol-

che Jugendliche einstellen müssen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten haben. Auf diese folgenreiche Entwicklung geht der Report ebenso ein wie auf die zunehmende Gründung privater berufsbildender Schulen, vor allem in östlichen Bundesländern.



Der Mangel an öffentlicher Verantwortung in der beruflichen Bildung ist sozusagen der Nährboden für private Angebote. Privatschulen haben ihren Preis. Doch selbst Eltern mit schmalen Geldbeutel tun alles dafür, dass ihre Kinder eine berufliche Ausbildung erhalten.

So bezahlen die einen viel Geld für eine berufliche Ausbildung, während die anderen im dualen System in einem Großbetrieb sowohl gut ausgebildet werden als auch die tariflich vereinbarte Ausbildungsvergü-

tung erhalten. Eine große Ungerechtigkeit. Diese geht nicht nur zu Lasten der Schülerinnen und Schüler, sondern auch der Lehrkräfte. Die Privatisierung geht einher mit zunehmend prekären Arbeitsbedingungen und Lohndumping bei Trägern und privaten Schulen, obwohl sie alle staatliche Unterstützung erhalten.

Die GEW möchte mit dem vorliegenden Report vor dieser Entwicklung warnen und für die Rechte der Lehrkräfte und SchülerInnen eintreten. Lernen und Lehren braucht gute abgesicherte Bedingungen, Kontinuität, Raum und Zeit für individuelle Förderung und für die Kooperation und Fortbildung der Lehrenden.

Die GEW fordert zusammen mit anderen DGB-Gewerkschaften das Grundrecht auf Ausbildung. Sie vertritt folgenden Grundsatz: Der Staat hat die Pflicht, allen Jugendlichen eine Ausbildung zu garantieren, also auch denen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Schon jetzt gibt es vollqualifizierende Ausbildung in berufsbildenden Schulen. Diese auszubauen, statt Warteschleifen zu finanzieren, gehört zu den zentralen Forderungen der GEW für die Weiterentwicklung berufsbildender Schulen, die im Report zusammengefasst sind.

Attraktive staatliche berufsbildende Schulen mit guten Arbeitsbedingungen, optimale Förderung der Lernenden, Durchlässigkeit zur Hochschule – das ist unsere Perspektive und somit Alternative zu einer zunehmenden Privatisierung von beruflicher Bildung!

von Dr. Stephanie Odenwald
Vorstandsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung des GEW-Hauptvorstandes

Rote Karten für die Mittelschule

»Nur rote Karten für die Mittelschule« – unter diesem Titel berichtete die Nürnberger Zeitung über das ExpertInnengespräch der GEW-

Fachgruppe Berufliche Schulen mit den Landtagsabgeordneten Karl Freller (CSU), Angelika Weikert (SPD), Christine Stahl (Grüne) und

Günther Felbinger (Freie Wähler) für die Lehrkräfte der Wirtschaftsschulen.



Foto: Matthias Schlossbauer

»Die grüne Karte, die auf jedem Stuhl in der Mensa der Nürnberger Wirtschaftsschule ausgelegt war, blieb unangetastet. Denn die Stimmungslage bei den etwa 100 Teilnehmern des Expertengesprächs über die Zukunft der Wirtschaftsschulen in Bayern ist eindeutig: Das Publikum zeigte dem kommenden Modellversuch »Mittelschule« einstimmig die rote Karte. ... Grün ist die Farbe der Hoffnung. Und doch ist es einzig und allein Karl Freller, der in der Abstimmung am Ende der Diskussion mit der grünen Karte die Mittelschule befürwortet. Alle anderen heben Rot – und wissen doch, dass sie es nicht ändern können.«

Nürnberger Zeitung, 31.10.2009

Neues Dienstrecht in Bayern

Teil 2

Leider hat sich in unserer letzten Ausgabe im Artikel zum Neuen Dienstrecht beim Setzen ein Fehler eingeschlichen. In der Tabelle auf Seite 17 unten wurde versehentlich die Jahreszahl falsch angegeben. Die am 20.07.1947 geborene Lehrkraft erreicht die Altersgrenze für die Versetzung in den Ruhestand am 31.07./01.08.2011 und nicht erst im Jahr 2012. Hier ist die Tabelle nochmal korrekt dargestellt:



Foto: Bert Butzke

Geburtsdatum 20.07.1947

Maßgebliches »Lebensalter« inkl. Verlängerung? Entfällt wegen Sonderregelung!	Es gilt Art. 62 BayBG i. d. F. am 31.12.2010: Ende des Schuljahres, in dem das 64. Lebensjahr vollendet wird (vereinfachte Version)
Berechnung	Vollendung des 64. Lebensjahres am 20.07.2011, das ist im Schuljahr 2010/2011
Ruhestandsversetzung »normaler« Beamter/»normale« Beamtin	31.07./01.08.2012 (gesetzliche Altersgrenze 65, somit deutlich später als eine Lehrkraft!)
Ruhestandsversetzung Lehrer/Lehrerin	31.07./01.08.2011 (besondere Altersgrenze für Lehrkräfte laut Art. 62 BayBG i. d. F. am 31.12.2010)

Besondere Altersgrenzen für Schwerbehinderte

Für Schwerbehinderte bleibt die Altersgrenze für die Versetzung in den Ruhestand auf Antrag das vollendete 60. Lebensjahr. Die Altersgrenze (sog. »Referenzalter«) für die Versetzung in den Ruhestand auf Antrag ohne Versorgungsabschlag wird vom vollendeten 63. Lebensjahr auf das vollendete 65. Lebensjahr angehoben. Die Übergangsregelung erfolgt analog der Anhebung der Altersgrenzen für den gesetzlichen Ruhestand (vgl. Tabelle aus Art. 143 BayBG, siehe DDS 10/2010).

Hinweis zum Begriff »Schulhalbjahr«:

- Rein rechnerisch endet das erste Schulhalbjahr am 31. Januar. Dieser Termin liegt den nachfolgenden fiktiven Berechnungen zugrunde. Schulorganisatorisch endet das erste Schulhalbjahr am Tag des Zwischenzeugnisses bzw. dem letzten Unterrichtstag der zweiten vollen Schulwoche im Februar. Da dieser Tag aber kein festes Datum hat, konnte das in den Beispielen nicht berücksichtigt werden.
- Das zweite Schulhalbjahr endet stets am 31. Juli.

Versorgungsaufschlag (Art. 26 Abs. 4 BayBeamtVG)

Nur in seltenen Ausnahmefällen werden das maßgebliche individuelle »Lebensalter« (gesetzliche Altersgrenze) und das Ende eines Schulhalbjahres (Altersgrenze für Lehrkräfte) zeitlich zusammenfallen. In den meisten Fällen werden bis zum Erreichen des Endes des maßgeblichen Schulhalbjahres noch ein bis fünf Monate vergehen. Für diesen Zeitraum gibt es künftig einen sog. »Versorgungsaufschlag«, d. h. eine Erhöhung des Ruhegehaltssatzes um 0,3 v. H. pro Monat.

Fiktive Beispiele für Berechnungen des Versorgungsaufschlags

Beispiel 1: Geburtsdatum 10.08.1947

Maßgebliches »Lebensalter« inkl. Verlängerung	65 Jahre und 1 Monat
Berechnung	10.08.2012 + 1 Monat = 10.09.2012, das heißt 30.09.2012
Ruhestandsversetzung »normaler« Beamter/»normale« Beamtin	30.09./01.10.2012
Ruhestandsversetzung Lehrer/Lehrerin	31.01./01.02.2013 (Schulhalbjahresende)
Alter bei Ruhestandsversetzung	65 Jahre, 5 Monate
Zusätzlicher Arbeitszeitraum	4 Monate
Versorgungsaufschlag	4 x 0,3 % = 1,2 %

Beispiel 2: Geburtsdatum 28.11.1955

Maßgebliches »Lebensalter« inkl. Verlängerung	65 Jahre und 9 Monate
Berechnung	28.11.2020 + 9 Monate = 28.08.2021, das heißt 31.08.2021
Ruhestandsversetzung »normaler« Beamter/»normale« Beamtin	31.08./01.09.2021
Ruhestandsversetzung Lehrer/Lehrerin	31.01./01.02.2022 (Schulhalbjahresende)
Alter bei der Ruhestandsversetzung	66 Jahre, 2 Monate
Zusätzlicher Arbeitszeitraum	5 Monate
Versorgungsaufschlag	5 x 0,3 % = 1,5 %

Beispiel 3 »Grenzwertiges«: Geburtsdatum 15.08.1964

Gesetzliche Altersgrenze	67 Jahre (»Endausbau«)
Vollendung des 67. Lebensjahres	15.08.2031, das heißt 31.08.2031
Ruhestandsversetzung »normaler« Beamter/»normale« Beamtin	31.08./01.09.2031
Ruhestandsversetzung Lehrer/Lehrerin	31.01./01.02.2032 (Schulhalbjahresende)
Alter bei der Ruhestandsversetzung	67 Jahre, 5 Monate
Zusätzlicher Arbeitszeitraum	5 Monate
Versorgungsaufschlag	$5 \times 0,3 \% = 1,5 \%$

Altersgrenze für die Versetzung in den Ruhestand auf Antrag (Art. 64 BayBG n. F.)

Die Altersgrenze für die Versetzung in den Ruhestand auf Antrag bleibt beim vollendeten 64. Lebensjahr (Schwerbehinderte 60. Lebensjahr), ebenso die Höhe des Versorgungsabschlags mit 3,6 v. H. pro Jahr vorzeitiger Ruhestandsversetzung bzw. 0,3 v. H. pro Monat, maximal 10,8 v. H.

Versorgungsabschlag (Art. 26 BayBeamVG)

Beim Versorgungsabschlag bleibt es bei der bisherigen Regelung. Für jeden Monat vorzeitiger Ruhestandsversetzung wird ein entsprechender Abschlag fällig. Die Altersgrenze für Lehrkräfte ist nicht die gesetzliche Altersgrenze bzw. während der Übergangsregelung das jeweilige »Lebensalter«, sondern gemäß Art. 62 Satz 2 BayBG n. F. das Ende des Schulhalbjahres, in dem dieses »Lebensalter« erreicht wird. Lehrkräfte müssen deshalb in den meisten Fällen län-

ger als »normale« Beamtinnen und Beamte arbeiten, was mit einem besonderen Versorgungsaufschlag »belohnt« wird (vgl. Absatz »Versorgungsaufschlag«). Auch diese »bonusfähige« Arbeitszeit wird aber ggf. in den Versorgungsabschlag einbezogen.

Die Antragsaltersgrenze wird künftig an Bedeutung gewinnen. Es gibt durchaus Beamtinnen und Beamte, die aus verschiedenen Gründen länger arbeiten wollen oder müssen. Viele wünschen sich jedoch schon heute, früher aus dem aktiven Berufsleben aussteigen zu können. Durch das Hinausschieben der Altersgrenzen wird die Tendenz deutlich zunehmen. Es gibt dafür Möglichkeiten wie z. B. Teilzeit, Altersteilzeit oder das Sabbatjahrmodell. Viele können aber mit zunehmendem Alter einfach nicht mehr. Sie machen Gebrauch von der Antragsaltersgrenze und nehmen den dafür fälligen Versorgungsabschlag in Kauf, der allerdings in jedem Fall eine dauerhafte Verringerung der Versorgungsbezüge zur Folge hat.

von Wolfgang Fischer

Sonderschullehrer

Personalratsvorsitzender

Leiter der Landesrechtsstelle der GEW Bayern

Kontakt: wolfgang.fischer@gew-bayern.de

**Fiktive Beispiele für Berechnungen des Versorgungsabschlags**

(Antrag auf Versetzung in den Ruhestand zum frühestmöglichen Termin)

Beispiel 1: Geburtsdatum 10.08.1947

Maßgebliches »Lebensalter« inkl. Verlängerung	65 Jahre und 1 Monat
Individuelles »Lebensalter«	10.08.2012 + 1 Monat = 10.09.2012, das heißt 30.09.2012
Altersgrenze Lehrer/Lehrerin	31.01./01.02.2013 (Schulhalbjahresende)
Vollendung des 64. Lebensjahres	10.08.2011
Beantragter Ruhestand zum	31.01./01.02.2012 (nach Vollendung des 64. Lebensjahres)
Versorgungsabschlag für	1 Jahr
Versorgungsabschlag	$1 \times 3,6 \% = 3,6 \%$

Beispiel 2: Geburtsdatum 28.11.1955

Maßgebliches »Lebensalter« inkl. Verlängerung	65 Jahre und 9 Monate
Individuelles »Lebensalter«	28.11.2020 + 9 Monate = 28.08.2021, das heißt 31.08.2021
Altersgrenze Lehrer/Lehrerin	31.01./01.02.2022 (Schulhalbjahresende)
Vollendung des 64. Lebensjahres	28.11.2019
Beantragter Ruhestand zum	31.01./01.02.2020 (nach Vollendung des 64. Lebensjahres)
Versorgungsabschlag für	2 Jahre
Versorgungsabschlag	$2 \times 3,6 \% = 7,2 \%$

Beispiel 3 »Grenzwertiges«: Geburtsdatum 15.08.1964

Gesetzliche Altersgrenze	67 Jahre (»Endausbau«)
Vollendung des 67. Lebensjahres	15.08.2031, das heißt 31.08.2031
Altersgrenze Lehrer/Lehrerin	31.01./01.02.2032 (Schulhalbjahresende)
Vollendung des 64. Lebensjahres	15.08.2028
Beantragter Ruhestand zum	31.01./01.02.2029 (nach Vollendung des 64. Lebensjahres)
Versorgungsabschlag für	3 Jahre
Versorgungsabschlag	$3 \times 3,6 \% = 10,8 \%$

Im dritten und letzten Teil unserer Artikelserie zum Neuen Dienstrecht in der Dezember-Ausgabe der DDS wird es um die Themen Besoldung bei Neustellungen, Änderungen bei der dienstlichen Beurteilung und Mehrarbeit gehen.

Neues vom gläsernen Schüler

Änderung des BayEUG zum 1. Juni 2010

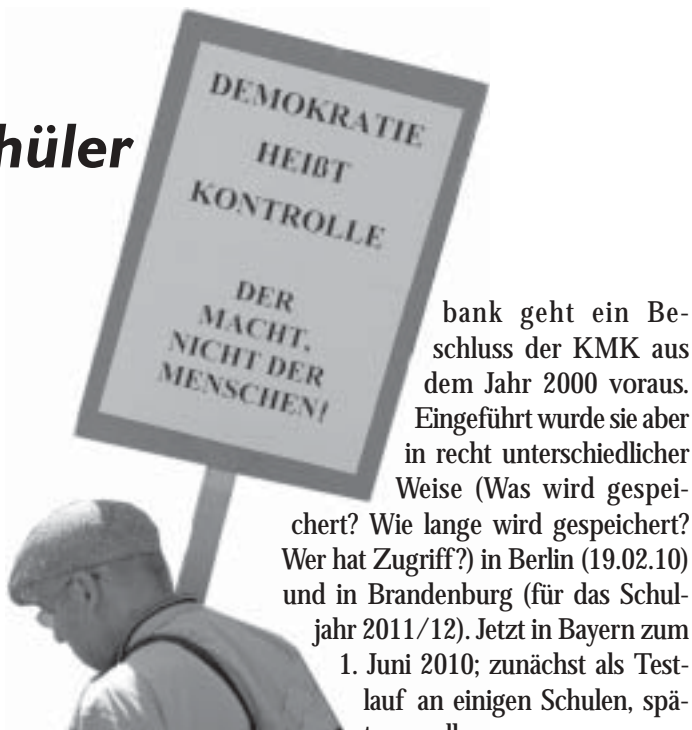
Seit dem letzten Artikel zum »gläsernen Schüler« in der DDS Juli/August 2008 geschah zunächst etwas sehr Erfreuliches: In der bayrischen Regierung sitzen jetzt auch die GegnerInnen von umfassenden Datenbanken und damit auch einer zentralen SchülerInnendatenbank von der FDP. Die Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger führt die als Opposition eingebrachte Verfassungsbeschwerde gegen die ArbeitnehmerInnendatenbank ELENA als Ministerin jetzt gegen das eigene Haus weiter. Die SchülerInnendatenbank war mit dem Koalitionsvertrag zwischen CSU und FDP zunächst vom Tisch. Dennoch trat am 1. Juni 2010 eine entsprechende Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen in Kraft.

Die Regierung sagt, das neue Gesetz habe mit dem alten Entwurf einer SchülerInnendatenbank nichts mehr zu tun. Die Ministerin sagt, diese Datenbank sei in Ordnung. Alle berufen sich auf die Mitarbeit des Datenschutzbeauftragten. Der beruft sich aber darauf, er habe den Inhalt nicht geprüft, allein die formale datenschutzrechtliche Seite.

Ja, dieses Gesetz ist ein anderes: Die SchülerInnen-ID scheint nicht vorhanden, die Daten werden durch dieses Gesetz nicht mehr an eine zentrale Bundesstelle übergeben. Welche Daten erhoben werden, legt nicht mehr eine Verordnung fest, sondern allein das Gesetz selbst. Jede Änderung des Datensatzes braucht damit eine weitere Gesetzesänderung. Ja, wir finden jetzt auch Löschfristen für die Daten an der Schule. Die Mitarbeit des Datenschutzbeauftragten ist natürlich sinnvoll.

Nein, wir können auch diesem Gesetz nicht zustimmen. Auch der jetzt beschlossene Datensatz enthält Informationen über die SchülerInnen, von deren Notwendigkeit wir nicht überzeugt sind: Wer in der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit steckt, erhebt keine Informationen über den Migrationshintergrund von allen SchülerInnen, um die Kinder mehr zu fördern, wenn gleichzeitig ein Sparpaket beschlossen wird, das die Chancengleichheit ärmerer Familien herabsetzt. Wer durch diese Datenbank wissen will, wie viel neue LehrerInnen gebraucht werden, überzeugt uns nicht, wenn er gleichzeitig keine neuen einstellt.

Der Föderalismusreform haben wir eine Vielzahl unterschiedlicher Gesetzesneuerungen in den einzelnen Ländern zu verdanken, was zu Unsicherheit der gesamtdeutschen Gesetzeslage führt, z. B. beim Versammlungsrecht. Gleichzeitig ist der Widerstand gegen ein Gesetz in jedem einzelnen Bundesland zu führen, was unsere Oppositionsarbeit deutlich erschwert. Hier sehen wir durchaus Parallelen zu anderen Veränderungen: Die Kooperationsverträge zwischen Schulministerien und der Bundeswehr wurden, angefangen von NRW über Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, inzwischen auch in Bayern unterzeichnet. Darf man hier Methode sehen? Der zentralen SchülerInnendaten-



bank geht ein Beschluss der KMK aus dem Jahr 2000 voraus. Eingeführt wurde sie aber in recht unterschiedlicher Weise (Was wird gespeichert? Wie lange wird gespeichert? Wer hat Zugriff?) in Berlin (19.02.10) und in Brandenburg (für das Schuljahr 2011/12). Jetzt in Bayern zum 1. Juni 2010; zunächst als Testlauf an einigen Schulen, später an allen.

Zentral soll diese Datenbank nach Beschluss der KMK bundesweit sein, zentral ist sie jetzt für Bayern beschlossen. Deshalb sehen wir hier ein »vorerst« bayernweit. Und wir wollen weiterhin Zusammenhänge herstellen, ohne die keine Gesetzesänderung gesehen werden darf: Eine Datei für Auszubildende und eine für Studierende gibt es bereits. Die entscheidende Änderung brachte die ArbeitnehmerInnendatei ELENA. Nun sind alle Menschen in Ausbildung und in Arbeit zentral erfasst. Der Missbrauch dieser Datenbanken kann nicht ausgeschlossen werden, die Zugriffsrechte können jederzeit geändert werden, auch die Datensätze selbst. Eine Verknüpfung von Datenbanken ist nicht auszuschließen, wenn die Änderung zu den SchülerInnendaten jetzt schon eine Verknüpfung der SchülerInnendaten mit LehrerInnendateien einschließt. Datenbanken erschließen Begehrlichkeiten: Welcher zukünftige Arbeitgeber hätte nicht gerne Einblick in eine SchülerInnendatenbank? Aber auch vor anderen Behörden und deren Datenbanken sollten unsere SchülerInnen sicher sein. Die Arbeit z. B. der Polizei muss von unserer pädagogischen Arbeit strikt getrennt sein.

Mit dieser Gesetzesänderung des BayEUG entsteht eine weitere Datenbank mit Hilfe von Totalerhebungen über die nächsten Generationen von SchülerInnen, Auszubildenden und Studierenden. Sobald sie im Beruf sind, werden sie von ELENA erfasst. Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.12.1983 zur Volkszählung gilt als Grundsatz, dass Totalerfassungen für statistische Zwecke nicht notwendig sind. Wofür dann? Bewerten wir diese Gesetze nicht nur danach, was man jetzt damit macht, sondern auch, was man damit machen kann! Lehnen wir sie grundsätzlich ab!



von Michael Schätzl

Landesfachgruppe Gymnasien/AG friedliche Schule
Die AG trifft sich an jedem ersten Schulmontag im Monat im DGB-Haus München, Kontakt:
friedliche.schule@gew-muenchen.de

Die Stellungnahme der GEW Bayern findet man unter:
http://gew-bayern.de/uploads/media/Stellungnahme_GEW_BayEUG_Datenverarbeitung_eGovernment.pdf

Schulnoten lügen

Seit rund 100 Jahren ist es wissenschaftlich unumstritten, dass Schulnoten als Messinstrument für Lernleistungen nicht taugen. Das wird »verschwiegen, weil ohne Noten unser Schulsystem zusammenbräche« (S. 9). Die Not mit den Noten wird hingenommen, um das System zu erhalten. An die Kinder, die Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer denken die politisch Verantwortlichen nicht. Ursula Leppert ist gelungen, wonach ich in meinen bislang 35 Jahren professioneller Beschäftigung mit Pädagogik stets gesucht und was ich nie gefunden habe: ein wirklich für alle verständliches Buch zu schreiben, das Notenkritik und die Schlussfolgerungen daraus für eine bessere Lernkultur so schlüssig wie unterhaltsam zusammenfasst.

Ihr Grundgedanke ist: In der Schule von heute hat zumeist das Bewerten Vorrang vor dem Lernen. Leppert fordert die Umkehr: »Der erste Schritt ist eine neue Lernkultur, der zweite eine neue Feedbackkultur. Das geht nicht mit Noten, das geht nur mit Worten. Miteinander reden!« (S. 9)

48 überschaubare Abschnitte verteilen sich auf fünf große Kapitel und weisen unterschiedliche Textformen auf. So gibt es jeweils mehrere Briefe an Lernende, aber auch an Eltern oder Lehrende. Interviews, Berichte und Zitate von Kindern, Eltern oder Lehrpersonen vermitteln Authentizität. Sie wech-

seln sich mit klärenden Darstellungen von Sachverhalten und wissenschaftlichen Befunden ab. Durch diese aufgelockerte Struktur finden alle Lesenden ihren eigenen Zugang zum Thema. Standpunkte werden mit Für und Wider erläutert, sodass Argumentationen gut nachvollziehbar sind. Der rund 40-seitige Anhang liefert denen, die es genau wissen wollen, vertiefende Informationen zu Schulstrukturen, dem Sitzenbleiben, zu Offenem Unterricht und vielem mehr.

Die Autorin ergreift engagiert und kompetent Partei für die Menschen in der Schule. Sie war selbst Lehrerin an Gymnasium und Gesamtschule und ist immer noch in der Eltern- und Initiativenarbeit aktiv. Dass eine humane Leistungsschule keine Noten braucht, zeigt sie in den ersten drei kritischen Kapiteln. Noten, ihre Messprobleme und Auswirkungen sowie die gängige Praxis der Wortgutachten behindern das Menschenrecht auf Bildung. Individuelle Förderung und ein selektives Schulsystem lassen sich nicht miteinander vereinbaren, was Lehrerinnen und Lehrer in eine schizophrene Situation treibt. Die in manchen Bundesländern praktizierte Zweigliedrigkeit ist keine Lösung, sondern setzt das Selektionsprinzip fort. In »Blick über den Zaun« und »Was tun?« stellt Leppert konkret und anschaulich vor, wie eine andere, demokratische Schule und eine neue Lern-

Ursula Leppert:
Ich hab eine Eins!
Und du? Von der
Notenlüge zur
Praxis einer besse-
ren Lernkultur.
Libress bei Uni-
Online Press,
München 2010,
Paperback, 215 S.,
14,90 EUR,

ISBN 978-3-86564-001-7



kultur aussehen. Besonders ihre 15 »Schritte zur Veränderung der Schule« (S. 156 ff.) seien allen LehrerInnenkollegien ans Herz gelegt.

Vielleicht hätte man das Buch vor dem Volksentscheid in Hamburg verteilen sollen, denn es nimmt die Sorgen von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern ernst. Es klärt und erklärt ihre Probleme mit Schule; es stärkt die Beteiligten in ihrem Veränderungswillen und nimmt denen, die nichts verändern wollen, ihre Angst. Wie sagte der Komponist John Cage einmal: »Ich kann jene nicht verstehen, die sich vor neuen Ideen fürchten. Es sind die alten Ideen, die mir Angst machen.«

Voilà – lesen!

von Detlev Träbert

Redaktionell bearbeiteter Nachdruck aus »Humane Schule«, Heft Okt. 2010 (www.aktion-humane-schule.de)



Unsere vergessenen Nachbarn

Eva Tigmann,
Michael Landau:
Unsere vergessenen
Nachbarn. Jüdisches
Gemeindeleben auf
dem Land. Band 12
der Schriftenreihe
»Geschichte, Politik
& Gesellschaft« der

Stiftung Demokratie Saarland, Röhring
Universitätsverlag, St. Ingbert 2010, 405 S.,
38,00 EUR, ISBN 13 978-3-86110-477-3

Auschwitz – das ist weit weg: geografisch und historisch. Und wen interessiert schon der Nachbar? Noch dazu, wenn es den schon seit über 60 Jahren nicht mehr gibt! Wem jetzt sein Haus, sein Garten, sein Grundstück gehört, wird verdrängt, weil es unangenehme Antworten geben könnte.

»Auschwitz kann bei uns entdeckt werden«, heißt es im Vorwort dieses Buches, das

sich beispielhaft und vorbildlich mit der Erforschung der wenigen Zeugnisse dieser Nachbarn beschäftigt.

Die Rede ist von unseren jüdischen Nachbarn. Sie waren über Jahrhunderte mehr oder weniger geduldete Mitbewohner – in unseren Städten, aber auch in unseren Dörfern. War dieses Zusammenleben auch vorher nicht immer friedlich, so stellte der Holocaust einen Bruch mit allem dar, was vorher war.

Eva Tigmann und Michael Landau stellen am Beispiel zweier Synagogengemeinden (Sötern und Bosen) die Generationen jüdischer Familien dar, die dort in relativer Eintracht mit ihren christlichen Nachbarn lebten. Zehn Jahre genügten, um dieses friedliche Miteinander für immer zu vernichten. Eine menschenverachtende Ideologie, die auch in den Dörfern genügend AnhängerInnen fand, führte dazu, dass es auch in den

Dörfern »beschämend wenig Zeugnisse« des Eintretens zum Schutz dieser Menschen gab, dafür aber viele »willige Vollstrecker«.

Nur wenig erinnert heute noch an die früheren jüdischen EinwohnerInnen. Die Zeugnisse dieser Menschen, ihre Kultur, ihre Friedhöfe, ihre ehemaligen Wohnhäuser, Synagogen und Schulen sollten ausgelöscht werden. Wider dieses Vergessen und gegen den Verfall dieser Zeugnisse in unserem Bewusstsein ist dieses Buch geschrieben. Es führt uns auch zu der Erkenntnis dieses Verlusts.

Eva Tigmann und Michael Landau beschäftigen sich seit Jahren in kleinen Studien mit dem jüdischen Leben vor und während der faschistischen Herrschaft in Deutschland. Mit dem jetzt vorliegenden Werk setzen sie Maßstäbe, die auch dazu anregen können, andernorts sich mit gleicher Akribie einem Thema zu widmen, das noch weitgehend unerforscht ist, wie Prof. Herbert Jochum in seinem Vorwort schreibt. In drei Teilen nähern sich Tigmann und Landau ihrem The-

ma. Mit großer Genauigkeit und persönlichem Engagement wird im ersten Teil das Familienbuch der Menschen dargestellt, deren Leidensweg »überwiegend auf der Flucht oder in den Gaskammern endete«. Im zweiten Teil werden das jüdische Leben, der Alltag und – besonders herausgehoben – das Schulwesen thematisiert. Das Schlusskapitel, Ausgrenzung und Vernichtung, belegt mit zahlreichen Dokumenten und Aussagen von Zeitzeugen, wie Menschen zu TäterInnen

und Opfern gemacht wurden, aber auch, wie die TäterInnen über ihre Verbrechen hinweggingen und die Opfer dem Vergessen anheimfallen sollten. Ehemalige Synagogen sind heute ein »Wohn- und Geschäftshaus« oder »in Privatbesitz«. Andere Einrichtungen wurden »als Stall oder Abstellraum benutzt«. Und wo doch Erinnerung war, versuchten die Epigonen der faschistischen Verbrecher, den gleichen jüdischen Friedhof, der bereits 1938 geschändet worden war, 1998 erneut

zu verwüsten. In beiden Fällen – heißt es im Buch – konnten die TäterInnen nicht ermittelt werden.

Die Studie von Tigmann und Landau ist – wie Friedel Läßle, der Vorsitzende der Stiftung Demokratie im Saarland, schreibt – »ein grundlegender Baustein zur Aufarbeitung der jüdischen Geschichte an der Saar«. Dem Buch sind viele Geschwister aus allen unseren Landesteilen zu wünschen.

von Friedrich Sendelbeck

Auf die alltägliche Gewalt richtig reagieren

Der Sozialpädagoge Oliver Lück arbeitet in dem von ihm gegründeten Berliner Anti-Gewalt-Therapiezentrum seit Jahren mit jugendlichen Gewalttätern, denen er hilft, in ein normales Leben zurückzufinden. Der Droemer Verlag hat soeben ein Buch herausgebracht, in dem der Autor Einblick in seine Arbeit mit S-Bahn-Schlägern, Wiederholungstätern und Messerstechern gibt sowie Hinweise, wie man sich Gewalttätern gegenüber verhalten sollte. Vor allem PädagogInnen können von Lücks Erfahrungen eine Menge lernen. Unser Kollege Thilo Castner hat nach der Lektüre des Buches für die DDS mit Oliver Lück gesprochen:

DDS: Herr Lück, in der Nürnberger Innenstadt wurden unlängst in einer Nacht an vier verschiedenen Tatorten acht Männer von einer jungen Schlägertruppe brutal zusammengeschlagen und teilweise lebensgefährlich verletzt. Ein nachvollziehbares Motiv war nicht ersichtlich, die Auswahl der Opfer war, wie die Polizei feststellte, zufällig. Sind derartige Gewaltorgien die Ausnahme oder schon etwas Alltägliches?

Oliver Lück: Vor allem in den Ballungsgebieten der Großstädte geschehen solch tragische Vorfälle leider immer häufiger. Allerdings muss man feststellen, dass die meisten Körperverletzungen unter Gleichen passieren. Es kommt meist nur dann in die Öffentlichkeit, wenn die Opfer eher unbescholtene Bürger sind. Aber Gewalt ist in unserer Gesellschaft und vor allem in sozial eher schwachen Gegenden ein Alltagsproblem geworden.

Haben Sie Erklärungen, wie es kommt, dass junge Menschen in solche Zustände geraten, gegen Mitmenschen, die ihnen fremd sind und die ihnen nichts getan haben, derartig brutal vorzugehen? Liegt es an den Genen, an der Erziehung, an dem gesellschaftlichen Umfeld?

Die Gene möchte ich da kategorisch herausschalten. Nein, es liegt natürlich in erster Linie an der Erziehung bzw. Nichterziehung der Eltern und an den Bedingungen der Sozialisation dieser Täter, also an den vielen Niederlagen und negativen Erlebnissen, sei es familiäre Gewalt oder emotionale und pädagogische Vernachlässigung. Außerdem

kommen die Täter fast immer aus einem sozial schlechten Umfeld. Leider ist der Staat unfähig, sich ernsthaft mit dem Gewaltproblem zu identifizieren, zumal sinnvolle Projekte zur Gewaltprävention reichlich Zeit und Geld kosten.

Gibt es so etwas wie ein typisches Täterprofil und ist ein bestimmter Personenkreis als Opfer besonders gefährdet?

Die Gewalttäter sind in aller Regel Menschen, die eine über Jahre aufgestaute Frustration aufgebaut haben. Ängste, Wut, Hass und Verzweiflung, bedingt durch nicht verarbeitete Traumata, und mit diesen Emotionen können die Gewalttäter nicht umgehen. Die in ihnen brodelnden Gefühle kompensieren sie durch aggressives Verhalten, durch Gewalt. Und typische Opfer? Nach meinen Erfahrungen gibt es kein festes Opfermuster. Jedem kann Gewalt begegnen.

In Ihrem Buch schreiben Sie, es sei notwendig, auf alltägliche Gewalt richtig zu reagieren. Wie ist das zu verstehen?

Das Wichtigste ist, dass man drohender Gewalt mit Gelassenheit, mit geschärfter Wahrnehmung und einem gesunden Selbstwert begegnet. Niemals wie im Fall Brunner auf eine Provokation mit einer Gegenprovokation reagieren. Darauf wartet der Täter ja nur. Also versuchen, die Situation genau abzuschätzen, und dann in überlegter und ruhiger, aber bestimmter Form reagieren.

Oliver Lück:
Keine Angst!
Über die alltägliche Gewalt und wie man richtig reagiert.
Droemer Verlag,
München 2010,
Klappenbroschur,
240 S.,
16,99 EUR,
ISBN 978-3-426-27547-3



Offensichtlich gelingt es Ihnen, Gewalttäter zu resozialisieren. Aber das dürfte ein schwieriger und langwieriger Prozess sein.

Ich arbeite oft ein bis eineinhalb Jahre mit den Tätern. Es ist tatsächlich schwierig, vor allem für die Täter selbst, die ihr bisheriges Leben auf den Kopf stellen müssen. Sie bekommen Werte und Normen vermittelt, die eigentlich das Elternhaus hätte vermitteln sollen. Zudem werden viele negative und schmerzhaft erlebte Erlebnisse in Erinnerung gerufen. Das ist hardcore für die Täter und schlimmer als selber eine auf die Presse zu bekommen.

Was muss Ihrer Überzeugung nach die Politik tun, soll eine weitere Eskalation der Gewalt verhindert werden?

Die Politiker müssen schlicht und einfach viel Geld in die Hand nehmen und gute Projekte, Beratungsangebote etc. unterstützen. Sozial schwachen Familien muss geholfen werden. Wichtig ist Prävention. Ist das Kind in den Brunnen gefallen und der Heranwachsende zum Gewalttäter geworden, ist der Schaden für die Allgemeinheit enorm. Dann brauchen wir topausgebildete Menschen, auch Lehrer, die befähigt sind, sich um die Täter mit dem nötigen Einfühlungsvermögen zu kümmern.

Wieder am Bauzaun Eine Geschichte von Tränen gas und Zärtlichkeit

... so heißt das aktuelle Buch des Oberpfälzer Schriftstellers Friedrich Brandl. Als Lyriker und Mundartdichter, aber auch durch seine autobiografische Erzählung »Ziegelgassler« weit über seine Heimat hinaus bekannt geworden, nimmt er auch in diesem Buch den roten Faden auf, der sich durch sein literarisches Schaffen zieht.

Als engagierter Umweltschützer hat der pensionierte Volksschullehrer und Umweltfachberater sich schon immer auf seine eigene künstlerische Art mit dem Thema Heimat- und Naturzerstörung und mit der Bedrohung unserer Lebensgrundlagen beschäftigt. Durch die Auseinandersetzung um die Wiederaufbereitungsanlage für atomare Müll in Wackersdorf und durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl nachhaltig geprägt, kann seine erneute Beschäftigung mit dem Atomthema nicht überraschen. Und so gelingt es Friedrich Brandl in seinem Roman in der Rückschau eines damals in den Achtzigerjahren aktiven Paares, das seinen mittlerweile erwachsenen Kindern durch Tagebucheinträge gestützt berichtet, wie sie sich in den Protest gegen die WAA eingebracht und sich dabei selbst und ihre Liebe gefunden haben, eine ein-

fühlsame, authentische kritische Heimatgeschichte zu erzählen.

Der Widerstand gegen die damals bei Wackersdorf geplante Atomfabrik war Mitte der Achtzigerjahre kein regionales Aufbegehren, sondern der Kristallisationspunkt der bundesweiten Anti-Atombewegung. Viele Menschen, die damals über den Widerstand gegen Wackersdorf im Besonderen und die Atompolitik im Allgemeinen ihre politische Sozialisation erfahren bzw. weiterentwickelt haben, werden sich daher bei der Lektüre wiederfinden.

So wertvoll und aufschlussreich solches Erinnern auch für die LeserInnen sein kann, dieses Buch ist auch topaktuell, kommt sozusagen gerade zur rechten Zeit! Schließlich gerät die Atompolitik wieder mehr und mehr in die öffentliche Diskussion. Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, skandalöse Zustände in den Zwischenlagern Asse und Schacht Konrad und die nach wie vor nicht gelöste Endlagerung atomaren Mülls stehen auf der politischen Tagesordnung. Erneut versucht die einflussreiche Atomlobby in diesem Land und deren Helfershelfer aus Politik und Gesellschaft, sich gegen den Willen der großen Mehrheit von

Friedrich Brandl:
Wieder am Bauzaun.
Eine Geschichte von Tränen gas und Zärtlichkeit.
lichtung verlag,
Viechtach 2010,
Klappenbroschur,
160 S.,
13,80 EUR,
ISBN 978-3-929517-91-0



(Wir hatten auf das Buch unseres Kollegen Friedrich Brandl schon einmal anlässlich mehrerer Veranstaltungsankündigungen hingewiesen. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen scheint uns gerechtfertigt, noch diese Rezension nachzureichen. Siehe auch den Hinweis im Veranstaltungskalender auf S. 22)

Bürgerinnen und Bürgern mit einer Neujustierung der Atompolitik auf Kosten von Sicherheit und den Lebensgrundlagen kommender Generationen zusätzliche Profite zu sichern.

Dieses Buch kann ein Anstoß sein für all jene, die schon damals aktiv waren, aber auch für die nachgewachsene Generation, sich der Gefahren und Risiken dieser veränderten politischen Lage bewusst zu werden und sich erneut zu einem Bündnis des Widerstandes zu formieren.

von Hans Schütz



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AjuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter www.AjuM.de (LesePeter) abrufbar.

Im November 2010 erhält den LesePeter das Sachbuch

Gerda Anger-Schmidt,
Renate Habinger (Illustratorin):
Das Buch, gegen das kein Kraut gewachsen ist
Residenz-Verlag • St. Pölten 2010
116 Seiten • 19,90 EUR
ab 10 Jahren • ISBN 978-3-7017-2065-1

Das liebenswerte, aber zunächst chaotisch erscheinende Buch nimmt die LeserInnen mit auf eine Reise durch die Welt der Kräuter und Gewürze. Sie lernen das Märchen »Zwerg Nase« kennen und was es mit dem »Kräutlein Niesmitlust« auf sich hat und bekommen vielleicht Lust, einige angebotene Rezepte selbst auszuprobieren.



»Bist du schwul, oder was?«

Frank G. Pohl:
Bist du schwul, oder was?
Verlag an der Ruhr,
Mülheim 2008,
Broschiert, 102 S.,
5,00 EUR,
ISBN 13 978-3-8346-0444-6

Ein umfassendes und hilfreiches Medienpaket zum Thema Homosexualität ist beim Verlag an der Ruhr mit dem Titel »Bist du schwul, oder was?« erschienen. Es beinhaltet drei Komponenten, die unabhängig voneinander verwendet werden können: kopierfähiges Unterrichtsmaterial (»Literaturkartei«), ein Taschenbuch für Jugendliche und didaktische Hinweise für Lehrerinnen und Lehrer.

Mit Hilfe der Unterrichtsmaterialien und dem Taschenbuch von Frank G. Pohl hinterfragen die Jugendlichen die Vorstellungen ihres sozialen Umfelds über den Umgang mit Homosexualität in Geschichte und

Gegenwart und gelangen zu eigenen Standpunkten. Die zweite Komponente im Unterrichtspaket ist der zeitgemäße Jugendroman »Bist du schwul, oder was?«, der für verschiedene Fächer und in allen Schulformen der Sek. I geeignet ist.

Die Hauptfigur im Roman über Freundschaft und Liebe ist Basti, ein Rapper, der mit seinem Freund Ferhat in der Schule sehr beliebt ist und der sich nach einer Mitschülerbeleidigung mit der Frage seiner Männlichkeit, Homosexualität bis zu kulturellen Vorstellungen von HipHop und türkischen Migranten auseinandersetzen muss: Ab wann ist man schwul?

Das Paket des Verlages wird abgerundet mit der kostenlosen Beigabe einer didaktischen Anleitung mit dem Titel »Homosexualität und Schule«. Vor dem Hintergrund vieler Unsicherheiten zum Unterrichtseinsatz werden hier didaktische Fragen beantwortet. Handlungsempfehlungen an das Kollegium runden das Unterrichtspaket ab.

von Guido Mayus

Dies und Das

Wettbewerb »Entdecke die Vielfalt«

Bis zum 15. Dezember werden beim SchülerInnen- und Jugendwettbewerb »Entdecke die Vielfalt!« der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) Vorhaben zum Schutz der biologischen Vielfalt gesucht. Motivierter 9- bis 16-Jährige können sich mit Projekten unter www.entdecke-die-vielfalt.de bewerben. Zur Auswahl stehen die Kategorien »Natur erforschen«, »Global handeln« und »Kreativ kommunizieren«. Ob Gruppen- oder Einzelarbeiten, freie oder Schul-Projekte: Entscheidend für die Fachjury sind Originalität oder langfristige Effekte. Zu gewinnen sind Geld- und Sachpreise im Wert von rund 20.000 Euro. Der Wettbewerb wird in der Kategorie »Global handeln« von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit unterstützt. Das DJH vergibt in diesem Jahr einen Sonderpreis für Vielfalt-EntdeckerInnen, die sich in Kooperation mit einer Jugendherberge bewerben. Weitere Informationen unter www.entdecke-die-vielfalt.de

Kinder lernen Tierschutz

Mit dem neuen Unterrichtsmaterial »Tierisch Aktiv!« der Tierrechtsorganisation PETA Deutschland e. V. (People for the Ethical Treatment of Animals) lernen Kinder, Mitgefühl für Tiere zu entwickeln. Vielfältige Arbeitsblätter und Videoclips auf DVD bieten PädagogInnen kreative Anregungen und durchdachte Projektvorschläge, ohne dabei die einzelnen Schritte bis ins kleinste Detail vorzugeben. Das Material umfasst die Themenfelder Tierquälerei, Wildtiere in Zirkussen, Zoos und TV-Shows, Tierversuche, Vegetarische/Vegane Ernährung, Jagd, Pelz und vieles mehr. Kinder werden dazu motiviert, selbst »tierisch aktiv« gegen Tierquälerei zu werden. Sie lernen etwas über Rechte und Pflichten und diskutieren in der Klasse über aktuelle moralische, soziale und kulturelle Themen. Das Unterrichtsmaterial kann in unterschiedlichen Fächern integriert werden, es ist für alle Schultypen und Altersstufen geeignet. PädagogInnen können das Material kostenlos bei tierischaktiv@peta.de bestellen. Weitere Informationen: www.peta.de/tierischaktiv

Soziales Engagement soll belohnt werden – Stiftung Nordlicht vergibt Auslandsstipendien an SchülerInnen und Erwachsene!

Jugendliche und Erwachsene, die gerne ein Auslandsprogramm absolvieren möchten, die damit verbundenen Kosten aber nicht aus eigener Kraft aufbringen können, haben noch bis zum 30.11.10 die Möglichkeit, sich für das Nordlicht-Stipendium zu bewerben. Entscheidend für die Vergabe eines Stipendienplatzes der im Jahre 2004 ins Leben gerufenen Stiftung Nordlicht ist vor allem das soziale Engagement der BewerberInnen. Dazu zählen insbesondere Aktivitäten zur Förderung der internationalen Verständigung, aber auch die Mitarbeit in einer Gemeinde, an einer Schülerzeitung, im Alten- oder Behindertenheim oder aktive Nachbarschaftshilfe. Als Belohnung locken verschiedene Programme, die frei zur Auswahl stehen: Voll- und Teilstipendien für diverse SchülerInnenaustauschprogramme in viele Länder weltweit und ein Volunteer-Stipendium für einen Freiwilligendienst inklusive Flug nach Asien. Die Kieler Austauschorganisation KulturLife stellt diese Programme als Förderer zur Verfügung. Bewerben können sich junge und jung gebliebene Menschen aus der gesamten Bundesrepublik im Alter von 14 bis 65 Jahren. Bewerbungsschluss ist der 30. November 2010. Erfahrungsberichte ehemaliger und aktueller Stipendiaten, nähere Beschreibungen zu den Voraussetzungen sowie die Bewerbungsunterlagen sind als Download zu finden unter www.nordlicht-stipendium.de

berInnen. Dazu zählen insbesondere Aktivitäten zur Förderung der internationalen Verständigung, aber auch die Mitarbeit in einer Gemeinde, an einer Schülerzeitung, im Alten- oder Behindertenheim oder aktive Nachbarschaftshilfe. Als Belohnung locken verschiedene Programme, die frei zur Auswahl stehen: Voll- und Teilstipendien für diverse SchülerInnenaustauschprogramme in viele Länder weltweit und ein Volunteer-Stipendium für einen Freiwilligendienst inklusive Flug nach Asien.

Die Kieler Austauschorganisation KulturLife stellt diese Programme als Förderer zur Verfügung. Bewerben können sich junge und jung gebliebene Menschen aus der gesamten Bundesrepublik im Alter von 14 bis 65 Jahren. Bewerbungsschluss ist der 30. November 2010. Erfahrungsberichte ehemaliger und aktueller Stipendiaten, nähere Beschreibungen zu den Voraussetzungen sowie die Bewerbungsunterlagen sind als Download zu finden unter www.nordlicht-stipendium.de

»National befreites Zimmer«

Seit vielen Jahren engagiert sich die Gewerkschaftsjugend gegen Rechts – im betrieblichen Raum, in der Bildungsarbeit oder bei Demonstrationen gegen rechte Aufmärsche. Und dies geschieht immer mit viel Fantasie. Ein neuerlicher Beleg dafür ist die Multimedia-DVD »National befreites Zimmer«, die die DGB-Jugend produziert hat. Sie richtet sich an die Zielgruppe SchülersprecherInnen, Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie andere MultiplikatorInnen und Interessierte.

Die Inhalte der DVD werden auf zwei Ebenen präsentiert. Die erste Ebene ist ein Zimmer, das auf den ersten Blick ein ganz normales Jugendzimmer sein könnte. Auf den zweiten Blick entdeckt man auf dem Schreibtisch, an der Pinnwand, im Kleiderschrank, im Geschenk- oder im Bücherregal Hintergrundinformationen zu rechten Organisationen, Parteien und Gruppen sowie deren Strukturen, Auftreten, Lifestyle, Codes, Symbolik und Musik.

Über den »Bücherschrank«, genauer, über das Buch »Informationen«, gelangt man auf die zweite Ebene. Hier werden die Bereiche Schule, Betrieb, Berufsschule, Jugendverband, Wissen und Aktionen abgedeckt. Hier wird eine gezielte Recherche von rechtlichen Hinweisen und Möglichkeiten des Handelns geschaffen.

Für die jeweiligen Orte, an denen sich SchülerInnen und Azubis aufhalten, werden detaillierte Informationen und Handlungsstrategien bereitgestellt. Mit vielen Filmen, Fotos und Hörbeispielen.

Der Aufwand für die Produktion der DVD war erheblich. Die Inhalte der DVD wurden vor der Fertigstellung an allgemeinbildenden und Berufsschulen getestet. Die DVD wird ausgesprochen gut angenommen. Jugend- und Auszubildendenvertretungen setzen sie auf ihren Veranstaltungen ein und auch LehrerInnen haben sie bestellt und nutzen sie als Unterrichtsmaterial.

Die DVD kostet drei Euro und kann über den Bestellservice des DGB bestellt werden: www.dgb-bestellservice.de

»He Duda« im Theater Mumpitz

Wir sind im Theater. Der große Theaterdirektor Koriander und sein kleiner Kompanon Mücke zeigen das Stück »He Duda«. He Duda wusste nicht, was er war. Er wusste nicht, wo er wohnen und was er essen sollte. Und er wusste nicht, warum er so große Füße hatte. Also lebte er auf einem Baum, aß Eicheln und ließ es sich gut gehen. Nur warum er so große Füße hatte, das wusste He Duda immer noch nicht. Da tauchte Lange Luda, das Wiesel, auf und plötzlich weiß He Duda sehr wohl, wofür diese Füße geeignet sind.

Ein spannendes und komisches Theaterstück für Kinder ab 4 Jahren hatte im Theater Mumpitz am 30. Oktober Premiere und wird im November und dann wieder im Januar im Kachelbau aufgeführt.

Weitere Informationen: www.theater-mumpitz.de

In der Schauburg:

Das Geschenk des weißen Pferdchens

Es war einmal irgendwo in der unendlichen Weite der Hochgebirgssteppe zwischen der Wüste Gobi und dem Altaigebirge, in einem Land, in dem man sich das Wissen über die Welt abends am Feuer in einer Jurte sitzend weitererzählt, in dem die Berge selten unter 4000 m hoch sind und in dem das Millionen Jahre alte Gletscherwasser als das Blut dieser Berge angesehen wird. Dort trug sich einmal eine unglaubliche Geschichte zu, die die Menschen in der Mongolei noch heute ihren Kindern erzählen. So auch Großmutter Nuri und Großvater Ulan ihrem Enkel Tasi. Es ist die Geschichte von einem tapferen Jungen, der ein halbtotes Fohlen geschenkt bekommt, dessen Leid ihn so tief berührt, dass er es nicht sterben lassen will. Er pflegt es mit Kräutern und dem Blut der Berge, verteidigt es gegen Wölfe, Bären und Tiger.

In der Schauburg-Inszenierung wird man in einer Jurte sitzen, das Feuer wird flackern, die alte Geschichte wird erzählt und dann, dann wird man die Pferdekopfgeige hören, gespielt von Yanlav Tumursaikhan, und man wird es vielleicht sehen, das Geschenk des weißen Pferdchens.

Weitere Informationen: www.schauburg.net

GEW Oberfranken ehrt JubilarInnen und diskutiert Protestaktionen

Wiederum am letzten Samstag im September lud der Vorstand der GEW Oberfranken zum Bezirkstreffen mit Ehrung langjähriger Mitglieder.

Auf dem Foto (v. r.): Marian Janka, Georg Schütz, Prof. Heinz Tischer, Roland Kraus, Margarete Friedlein, Oskar Brückner, Sigurd Bischoff, Peter Zwirner und Ernst Wilhelm. Rüdiger Kuczius (GEW-Mitglied seit 53 Jahren), Günter Hoch, Ernst Friedlein, Hans Gmelch, Fred und Eva Leidenberger fehlen auf dem Bild, steuerten jedoch ebenso beeindruckende Erfahrungsberichte aus ihrer Gewerkschaftsgeschichte bei.

Die Diskussion um einprägsamere und nachhaltigere Zeichen unseres Widerstands gegen die skandalöse Bildungs- und Gesellschaftspolitik bestimmten den zweiten Teil des oberfränkischen Bezirkstreffens. Vorsitzender Ernst Wilhelm erläuterte seinen Vorschlag einer »Aktionsminute pro Woche« am Arbeitsplatz. Bald wurde diese Idee erweitert um den Vorschlag, Luftballons mit Aufdrucken von GEW-Forderungen am Arbeitsplatz aus den Fenstern zu hängen. Das



führte zu Fragen anderer Beschäftigter (wie auch der Presse) nach den Zielen der Aktion und wir könnten unsere Erklärungen durch vorbereitete Handzettel ergänzen.

Die KollegInnen vereinbarten, diese Protestform weiter zu diskutieren. Wer sich daran beteiligen möchte, nutze die Homepage: www.gew-oberfranken.de

Das Beste von den PISAkern



Die PISAker sind zwölf Lehrerinnen und Lehrer aus dem Landkreis Traunstein, die sich mit Theaterspielen den Alltagsänger ihres oft nicht leichten Berufs versüßen. Nachdem keine Fortbildung im Basteln von Voodoofiguren von Vorgesetzten angeboten wurde, mussten sie sich auf andere Weise Luft schaffen. Seit sechs Jahren spielt

die Kabaretttruppe nun schon selbstgemachte Sketche aus dem Schulalltag.

»Ach spielt doch noch mal den »Kevin« oder singt die »Finnen«. Und die »Mimi« war doch auch so lustig!« so die Stimmen der hartnäckigen Fans. Da nun fünf Programme mit insgesamt fast 100 Sketchen und Liedern in den letzten Jahren auf die Bühne gebracht wurden und dazu noch ein ganzer Stapel ungespielter, verworfener Stücke und Songs vorhanden ist, sollte die Auswahl für ein »Best of« doch eigentlich leicht fallen. So möchte man meinen – aber dem war mitnichten so. Es wurde eine schwierige Sache, waren wir selber doch der Ansicht, dass es viel zu viele gute Stücke gab, die wir wieder einmal spielen wollten. Jetzt haben wir das ausgewählt, was allen gefiel. Es gibt natürlich eine Schulstunde, eine Konferenz, durchgeknallte Lehrer/Lehrerinnen und Eltern sowie missratene Schülerinnen und Schüler zu erleben. Das Ganze wird angereichert mit bösen Liedern, gesungen und begleitet von unserem Musiker Uli Rothe. Wer unsere letzten fünf Pro-

gramme gut fand, wird begeistert sein. Wer uns noch nicht kennt, wird staunen.

Die PISAker berichten authentisch vom »Uni(per)versum Schule«, wissen »Neues aus dem Rotstiftmilieu«, präsentieren den »Educator III« und beweisen: »Die Schule ist ein grausames Spiel«. So die Titel der letzten Programme. Mit einem Wort: »Fünf plus.« Lehrkräfte sind von Haus aus masochistisch. Deswegen sind wir auch mit einem geringen Lob zufrieden. Wenn das Publikum uns statt mit »fünf plus« mit einer »vier minus« benotet, dann können wir damit leben.

Premiere ist am 16. November 2010 um 19.00 Uhr in der Volksschule Chieming. Weitere Aufführungen am 16., 19., 20., 24., 26., und 27. November um die gleiche Zeit am gleichen Ort.

Voranmeldung unbedingt erforderlich: Vormittags VS Chieming, Tel. 0 86 64-9 84 90



Interessante Veranstaltungen ab November 2010

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: susanne.glas@gew-bayern.de

12.11.10	Wieder am Bauzaun – Eine Geschichte von Tränengas und Zärtlichkeit. Mit Friedrich Brandl. Eine Veranstaltung von GEW Garmisch-Partenkirchen/Weilheim-Schongau, Bund Naturschutz und der Umweltinitiative Pfaffenwinkel e. V. (s. auch Rezension auf S. 19)	Lesung	Schongau Sparkassenforum Ecke Friedhofstraße/Lidlstraße 20.00 Uhr
13.11.10	Deutschland in Schiefelage. Rückt das gerade. Demonstration der Gewerkschaften in Nürnberg. Anmeldung bei den Geschäftsstellen der jeweiligen DGB-Regionen, dort gibt es auch weitere Informationen.	Demonstration	Nürnberg
19.11.10	Reihe Pädagogische Gespräche. Offener Treff für PädagogInnen, Fachkräfte, Eltern und Interessierte. Themenwahl frei, Vorschläge willkommen und erwünscht. Eine Veranstaltung der GEW Nürnberg.	Offenes Treffen	Nürnberg DGB-Haus, KIBS 19.30 Uhr
20.11.10	Vom Besoldungssystem zum Ruhestand – die Dienstrechtsreform. Wolfgang Fischer beschreibt die Veränderungen. Nachmittags gibt es Informationen zu den Personalratswahlen 2011. (s. nächste Seite)	Infoveranstaltung	Nürnberg Caritas-Pirckheimer-Haus 10.45 - 16.00 Uhr
24.11.10	Die Sommerpause ist vorbei. Wo ist das Konzept? Thomas Gehring, MdL, berichtet über den Stand der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen. (s. auch unten)	Infoveranstaltung der FG GHS und Förderschulen	München DGB-Haus 19.00 Uhr
25.11.10	Wie sieht der aktivierende Sozialstaat aus? oder Welchen Sozialstaat wollen wir? Eine Kooperationsveranstaltung von GEW München und ver.di München. (s. auch nächste Seite)	Infoveranstaltung	München DGB-Haus, großer Saal 19.30 Uhr
26.-27.11.10	Zur Aktualität der Kritischen Theorie */** Ein Seminar des GEW-Kreisverbandes Augsburg und der GEW-Hochschulgruppe Augsburg. Anmeldung erforderlich: Fax: 08 21-51 45 02, E-Mail: gew-augsburg@freenet.de	Seminar	Augsburg Universität Augsburg Freitag: 18.00 - 20.30 Uhr Samstag: 9.30 - 16.30 Uhr

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per E-Mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, susanne.glas@gew-bayern.de, Tel. 0 89-54 40 81 16, Fax: 0 89-5 38 94 87
** Teilnahmegebühr

Einladung zur Informationsveranstaltung

L-EGO: Der Kampf um eine gerechte Eingruppierung für angestellte Lehrkräfte

am Samstag, 20.11.2010 in Nürnberg

DGB-Haus, Kommarkt 5 - 7,
7. Stock, Raum 2b, 10.30 - 16.00 Uhr

- **Angestellte Lehrkräfte in der GEW Bayern – wer sie sind und was die GEW und sie tun können**
Ilona Deckwerth, stellv. Landesvorsitzende der GEW Bayern
- **Der Tarifkampf um die Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte**
 - die aktuelle Situation
 - die Forderungen der GEW
 Referent: Peter Jonas, GEW-Hauptvorstand
- **Arbeitsgruppen** (Vorschläge)
 - Aktiv Tarifpolitik gestalten – mit Peter Jonas und Manfred Doetsch
 - Staatlich Angestellte und allgemeine Fragen zur Eingruppierung (persönliche Fragen zum TV-L) – mit Hans Schuster, GEW-Landesrechtsschutzstelle, und Max Hufnagel
 - Private/kommunale Angestellte (persönliche Fragen zum TVöD) – mit Joachim Peter Graf, GEW München, und Peter Weiß, Büro für Weiterbildung der GEW Bayern
- Plenum:
Perspektiven für die Tarifrunde 2011
Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse

Anmeldung an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle bis 15.11.2010:
susanne.glas@gew-bayern.de • Tel. 0 89-54 40 81 16

Die Fachgruppen Grund- und Hauptschulen und Sonderpädagogische Berufe München und Oberbayern laden alle Interessierten zu einer Veranstaltung mit Thomas Gehring, MdL, ein:



Die Sommerpause ist vorbei! Wo ist das Konzept?

Die **UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen** steht auf der Agenda.

Im März 2009 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet, ist sie seither für die Bundesländer gültig.

Abgeordnete aus allen im Landtag vertretenen Parteien gaben am 18. Februar 2010 der Staatsregierung den Auftrag, bis zur Sommerpause 2010 ein Konzept zu erarbeiten:

- **Wie können die Grundsätze der Konvention umgesetzt werden?**
- **Wie kann die LehrerInnenbildung und -fortbildung entsprechend verändert werden?**

Thomas Gehring, Mitglied der Landtagsfraktion der Grünen und Bildungsexperte, gehört zu den Antragstellern. Er wird uns über den Stand der Entwicklung berichten.

am 24. November 2010 in München

19.00 Uhr
DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64
Raum: Siehe Übersichtstafel am Eingang

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • KJ@bayern.gew.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ratsstuben Getreidried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Mittwoch oder 1. Donnerstag im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr Stammtisch u. Vorstands-Treff, Mann's Bräu, Friedrichstraße, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Loreley, Herrngasse, Coburg
Kontakt: Karl-Friedrich Schmucker, ☎ 0 95 61/79 92 13, gew-coburg@web.de

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Peter Caspari ☎ 0 81 24/92 37, peter.caspari@t-online.de

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr Arbeitslosenberatung: jd. 1. + 3. Mittwoch im Monats, 17-19 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Meierhof, Bammersdorferstr. 1
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt erweiterte Vorstandssitzung jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Café/Bistro »Brezels«, Am Paradeplatz, Ingolstadt
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Memminger Waldhorn, Waldhornstr. 11, Memmingen
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/8 31 92 81, gew-unterallgaeu@gmx.de

Mittelfranken AK Gewerkschaftlicher Durchblick jeden Dienstag, 21.00 Uhr
Kontakt: Geschäftsstelle BV Mittelfranken, ☎ 09 11/6 58 90 10

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

München Fachgruppe Hochschule und Forschung Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr
Kontakt: sabine.herzig@bayern.gew.de

München GEW-Hochschulgruppe (s.a. FG Hochschule und Forschung)
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, fam.lungmus@t-online.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München Lehramtskampagne an der Uni Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB im AstA der LMU, Leopoldstr. 15, Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatliche Treffen, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 01 70-5 43 04 55

München AK »friedliche Schule« 1. Schulmontag, 17.00 Uhr, DGB-Haus, Kontakt: StephanLip@web.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Pizzeria Helfenstein, Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen Termine und Infos unter www.gew-nuernberg.de
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 09 11/30 14 91

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Fontana, Gesandtenstr. 18
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Regensburg gemeinsame Studierendengruppe GEW/ver.di alle zwei Wochen dienstags, genaue Termine unter: <http://shk.wie-studieren.de> oder <http://jugend-oberpfalz.verdi.de/studierende/studentengruppe>
Kontakt: Jan Bundesmann, jan.bundesmann@gmx.de

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57, www.gew-rosenheim.de

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr,
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Gaststätte Naber, Ackerstr. 20, gew_wen-new-tir@gmx.de
Kontakt: Richard Dütsch, ☎ 09 61/6 34 39 34

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

Würzburg jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 20.00 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91

www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de